

soli extra



Globalisierung, 2. teilweise aktualisierte Auflage



Genf, 2003

Foto: Roland Geisheimer / attenzione

Global Playing

Seattle, Dezember 1999: Demonstrationen mit mehr als 50.000 TeilnehmerInnen begleiteten die dritte Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO). Die Gewerkschaften präsentierten sich dort erstmals als Teil der wachsenden Bewegung von GlobalisierungskritikerInnen.

Wenn sich die MinisterInnen der WTO-Mitgliedsstaaten im September dieses Jahres zum fünften Mal treffen, werden sich Gewerkschaften wieder an den Protesten beteiligen.

Das rapide Wachstum des Welthandels in den letzten Jahren hatte starke Auswirkungen auf die Rechte von ArbeitnehmerInnen. Der Internationale Bund freier Gewerkschaften (IBFG) verzeichnet weltweit 15 Millionen Kinderarbeiter, die für den Export schuften. Zwangsarbeit wird in einigen Ländern in großem Stil bei der Produktion von Textilien, Gold, Diamanten und landwirtschaftlichen Exporterzeugnissen eingesetzt. In so genannten Freien Produktionszonen arbeiten Millionen Menschen unter miesesten Bedingungen für Zuliefererbetriebe großer westlicher Konzerne.

Die WTO hat sich seit ihrer Gründung im Jahr 1995 zu einer machtvollen Institution entwickelt, die auch in Bereichen interveniert, deren Kontrolle bisher Aufgabe nationaler Politik war. Ihr Zweck besteht darin, die Liberalisierung des Welthandels voranzutreiben. Die soziale Dimension des

weltweiten Handels bleibt dabei völlig ausgeblendet.

Gewerkschaften fordern, dass Menschenrechte und die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation ILO nicht durch die WTO-Verträge außer Kraft gesetzt werden. Die Kernarbeitsnormen wurden 1998 ratifiziert. Sie haben den Status von Menschenrechten. Zu den Kernarbeitsnormen gehören das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit, das Recht zur gewerkschaftlichen Organisation, das Recht auf Tarifverhandlungen sowie Nicht-Diskriminierung am Arbeitsplatz. Alle Bemühungen der ILO, die WTO dazu zu bringen, im Rahmen ihrer Aktivitäten und Abkommen die internationalen Arbeitsnormen wenigstens zu berücksichtigen, blieben bisher erfolglos.

Die DGB-Jugend tritt ein für eine Globalisierung von Gerechtigkeit und Demokratie, für die Ausgestaltung des Welthandelssystems im Interesse aller Menschen. In Cancún müssen sich die WTO-Mitglieder endlich darauf einigen, dass grundlegende ArbeitnehmerInnen- und Menschenrechte nicht weiter durch das multilaterale Handels- und Investitionsregime unterminiert werden. Abkommen sind dementsprechend anzupassen. Darüber hinaus müssen Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen in Entscheidungen über Handelsregulierungen eingebunden werden. ☐ *Mirjam Muhs*

Mirjam Muhs ist in der Abteilung Jugend des DGB-Bundesvorstandes verantwortlich für Internationales.

INHALT

2 welthandel

Globalisierung konkret:
Die Kosten eines Schuhs
Weltweit gegen Sozialdumping

4 der begriff

Weltwirtschaftliche Zusammenhänge: Globalisierung ist nicht gleich Globalisierung
Global Governance: Mit einer Weltregierung ist es nicht getan

6 cancún

WTO-Ministerkonferenz:
Holpriger Weg nach Cancún

8 migration

Ab- und Zuwanderung:
Der Norden raubt die Köpfe

9 arbeitsbedingungen

Kinderarbeit: Mit Entlassung ist keinem geholfen

10 glossar

Abkürzungen: Was bedeutet eigentlich...?

12 gats

Privatisierte Gesundheit:
Arm dran, Arm ab?

13 internationale finanzmärkte

Schulden- und Finanzkrise:
Die argentinische Krankheit
Flüchtendes Kapital: Steuern sparen mit Steueroasen

15 lobby

Kapital: Die Macht der Konzerne

16 kritik

Globalisierungskritische Bewegung: Kein Gemischtwarenladen
Stationen der globalisierungskritischen Bewegung. Unvollständige Chronik
»Globalisierung beinahe verpasst« – Interview mit ver.di-Vizechefin Margret Mönig-Raane
Aufstehen oder Ohnmacht pflegen? Von Detlef Henschke

19 action

Neue Formen und Blickwinkel:
Die Sprache des Nichtbeweisbaren
Die magische Linse

20 was nun?

Die Kosten eines Schuhs



»Jeder Adidas hat eine Geschichte...«

Ngadinah näht in Indonesien Turnschuhe. Als Lohn bekommt sie ein 25stel vom Kaufpreis. Die Werbung kostet ein Drittel. Von Anett Keller

Zunächst sieht es wie ein ganz normaler Einkaufsbummel aus. Drei Frauen, zwei Deutsche und eine Asiatin mit Kopftuch vorm Regal eines Schuhgeschäfts in der belebten Kölner Innenstadt. Ngadinah nimmt einen Turnschuh in ihre schlanken braunen Hände. Weißes Leder, drei blaue Streifen. »Das Modell kenne ich«, sagt sie. Die 30-jährige Ngadinah ist Fachfrau. Als Arbeiterin einer Fabrik nahe der indonesischen Hauptstadt Jakarta näht sie seit 15 Jahren Schuhe zusammen, ihre Firma ist Zulieferer von Adidas.

Die Deutschlandreise ist Ngadinahs erster Auslandsaufenthalt, und sie ist nicht zum Urlaub machen hier. Sie soll auf der Messe Fit for Fair von ihrer Arbeit berichten, uns, die wir als Konsumenten am anderen Ende der Produktionskette stehen. Mehr als ein Dutzend Mal wird sie Journalisten ihre Geschichte erzählen. Wie sie verhaftet wurde, weil sie tat, was hier, im Heimatland von adidas, normal ist: einer Gewerkschaft angehören, Versammlungen abhalten, für bessere Arbeitsbedingungen streiken.

Ngadinah ist im Auftrag der Clean Clothes Campaign (CCC) unterwegs. Die CCC besteht seit über zehn Jahren in zehn europäischen Ländern. Die Kampagne, ein Zusammenschluss aus Kirchengruppen, Verbraucherinitiativen und Gewerkschaften, will sozialere Mindeststandards für die ArbeiterInnen durchsetzen. Fit for Fair will erstmalig alle Beteiligten zusammenfüh-

(FLA) angeschlossen. Auch Gorgemans bemüht sich, zu versichern, das sei »ein Kodex, mit dem jeder leben könne«. Richtig sei, dass sich dieser Kodex am Standard der Internationale Arbeitsorganisation (ILO) orientiere, und das sei schon mal ein Fortschritt, sagt auch die CCC. Problematisch sei aber das Festhalten an gesetzlichen Mindestlöhnen der Herstellerländer, die zwar gerade so zum Überleben, aber nicht darüber hinaus reichten. Absolut inakzeptabel sei außerdem die mangelnde Kon-

Als Ngadinah über Missstände berichtete, wurde sie verhaftet: Störung der öffentlichen Ordnung.

trolle. Die CCC hat deshalb 1998 eigene Richtlinien entwickelt, die die Verpflichtung zur unabhängigen Kontrolle einschließen.

Die Kampagne kritisiert außerdem, dass die Kosten für die Umsetzung der Standards von den großen Konzernen meist einfach an ihre Zulieferer weitergegeben würden. Die FLA-Richtlinien schrieben zwar vor, dass Arbeitsbedingungen zu verbessern seien, aber nicht, wer die Kosten dafür zu tragen habe.

Im Frühjahr 2001, während eines Gewerkschaftskongresses, sprach die Indonesierin Ngadinah in einem Fernsehinterview

ren. Deshalb trifft Ngadinah auch William Anderson, beim Adidas-Konzern für Umwelt und Soziales in Asien zuständig, und André Gorgemans vom Weltverband der Sportartikelindustrie.

»Aber wir haben ja einen Standard«, verteidigt Anderson seinen Konzern. Man habe sich dem Standard der Fair Labour Association

über die Missstände in ihrer Fabrik. Kurz darauf wurde sie verhaftet. Die Begründung: Störung der öffentlichen Ordnung. Nach zwei Wochen wurde die Haftstrafe in Hausarrest umgewandelt. Bis August sollte es dauern, bis Ngadinah sich wieder völlig frei bewegen konnte. NGOs und schließlich auch Adidas selbst hatten sich für die Aktivistin eingesetzt.

Timothy Connor hat im Auftrag der NGO Oxfam eine Studie über Arbeitsbedingungen bei indonesischen Nike- und Adidas-Zulieferern erstellt und dabei auch Ngadinahs Fabrik untersucht. Sein Fazit: Die Arbeiter leben in extremer Armut. Mütter sind oft gezwungen, ihre Kinder weit weg bei Verwandten unterzubringen, weil die staatlich festgeschriebenen Mindestlöhne zum Überleben nicht reichen. Überstunden sind deshalb der Normalfall.

Connor bestätigt, dass der Kampf für bessere Arbeitsbedingungen eine Gratwanderung ist, weil die Arbeiter sehr wohl wüssten, wie schnell Fabriken geschlossen würden. Billige Arbeit gibt es genug – wird der Arbeiterschutz zu teuer, ziehen Konzerne weiter. Anderson von Adidas begründet die Schließung von Fabriken genau andersherum: Dies sei die letzte Sanktionsmöglichkeit, die dem Konzern bleibe, wenn er feststelle, dass die Standards bei den Zulieferern nicht eingehalten würden.

Wie ernst es die Global Player mit diesen Standards aber wirklich nehmen, zeigt sich schon daran, dass die meisten Sportschuhe in China gefertigt werden, wo es überhaupt keine freien Gewerkschaften gibt.

Adidas hat die deutsche Fußballmannschaft mit dem Schuh ausgestattet, mit dem sie Vizeweltmeister geworden ist. Das Modell wird auch in Ngadinahs Fabrik



Adidas-Werbekampagne

Das Turnschuhbeispiel



genäht. Von einem Paar Schuhe, das 100 Euro kostet, werden in der Dritten Welt etwa 0,4 Euro in Arbeitslöhne investiert. Ein Drittel des Kaufpreises, also runde 30 Euro, fließt dagegen in die Werbung. Auf die Frage, warum man von diesem Betrag nicht ein halbes Prozentchen abknapsen könne, dann würde es so vielen Arbeitern in der Dritten Welt besser gehen, antwortet Manger Anderson: »Das sind zwei Welten.

Die Werbung passiert hier, die Arbeit in der Dritten Welt.«

Es sind wahrlich zwei Welten, die sich bei der Kampagne treffen. Ngadinah hat sich im Schuhladen davon überzeugt, dass der Preis, den deutsche Konsumenten für ein einziges Paar Schuhe ausgeben, ihren Monatslohn bei weitem übersteigt. Doch da Indonesier höfliche Menschen sind, wird sie nicht wütend, sondern sagt nur

leise, sie wisse auch nicht, wer daran schuld sei – die Regierung oder ihre Arbeitgeber.

Die Werbung der Konzerne richtet sich an die Konsumenten. Die Fußball-WM war deshalb eine Chance für die Kampagne, noch einmal zusammenzufassen und zu veröffentlichen, wie es um die Erfüllung der Sozialstandards steht. Bislang hat kein deutscher Konzern den Verhaltenskodex der CCC mit der Einwilligung zum unabhängigen Monitoring unterzeichnet.

Ein Beispiel aus New York zeigt, wie sich Konsumentenbewusstsein auch ändern kann. Nachdem ein Sozialarbeiter ein paar Bronx-Kids aufklärte, wie es um die Herkunft ihrer Nikes bestellt war, machten diese mobil. Etwa 200 Elf- bis 13-Jährige zogen vor den Erlebnissupermarkt »Nike Town« und schütteten dort ihre alten Sportschuhe aus. Ihr Slogan: »Nike, wir haben dich gemacht. Wir können dich auch vernichten.«

Anett Keller arbeitet bei der »taz« und lebt in Berlin.

DGB: www.nord-sued-netz.de

NGOs: www.saubere-kleidung.de,

www.suedwind-institut.de,

www.eco-fair-trade-net.de

Literatur: Weltweit gegen Sozialdumping – für Verhaltenskodizes, Hg.: IG Metall Hauptvorstand, DGB-Bildungswerk, 2001

WTO UND SOZIALSTANDARDS

Weltweit gegen Sozialdumping

Noch ist es nicht gelungen, weltweit gültige Sozialstandards im Regelwerk der WTO zu verankern. Deshalb setzen die Gewerkschaften auch auf freiwillige Initiativen

Nicht eingehaltene Menschenrechte am Arbeitsplatz sind keine Erfindung der Globalisierung. Aber erst mit ihr sind die Bedingungen in den Lieferländern in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit gerückt. Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und Gewerkschaften thematisieren die Arbeitsbedingungen in der so genannten Dritten Welt und suchen nach Lösungen. Selbst die private Wirtschaft sieht sich gezwungen, sich mit ethischen Aspekten auseinanderzusetzen.

Während diese aber gern auf freiwillige Standards setzt, würden Gewerkschaften und NGOs lieber verbindliche Regeln schaffen – etwa indem Sozialstandards im Regelwerk der Welthandelsorganisation WTO fest geschrieben und die Kernarbeitsnormen der Internatio-

nalen Arbeitsorganisation ILO in allen relevanten internationalen Verträgen und Organisationen berücksichtigt werden müssten. »Die WTO setzt mit ihren Abkommen zwar detaillierte Vorschriften fest, wie die Märkte weltweit zu liberalisieren sind, sie unternimmt aber nichts für eine soziale Ausrichtung des globalen Wettbewerbs«, so Jürgen Peters von der IG Metall. »Arbeitnehmer und Menschenrechte müssen in der WTO das gleiche Gewicht erhalten wie Investorenschutz und geistiges Eigentum.«

Die 1998 formulierten Kernarbeitsnormen sind der kleinste gemeinsame Nenner in der Debatte um Sozialstandards. Sie umfassen das Recht, freie Gewerkschaften zu gründen, kollektive Tarifverhandlungen zu führen und gleichen Lohn für gleiche Arbeit einzufordern. Zugleich verbieten sie die Diskriminierung am Arbeitsplatz, Zwangsarbeit und Kinderarbeit. Peters: »Das sind die Grundvoraussetzungen, damit sich die Arbeitnehmer weltweit gegen Ausbeutung zur Wehr setzen können.«

Bislang kann die ILO Verstöße gegen diese Normen allerdings lediglich öffentlich machen, einklagbare Rechtsstandards bieten sie nicht. »Der Widerstand gegen Kernarbeitsrechte geht von den Regierungen und den nationalen Eliten

der Entwicklungsländer aus«, sagt Peters. Arbeitnehmer, ihre Gewerkschaften und die Armen in diesen Ländern seien daher auf internationale Unterstützung angewiesen. Dazu gehörten »der Abbau von Marktzugangsbarrieren der Industrieländer und Reformen des Welt Handels als Teil einer umfassenden Entwicklungsstrategie«.

Zusätzlich setzen Gewerkschaften und NGOs auf freiwillige Initiativen. So ist die IG Metall seit Ende letzten Jahres dabei, mit multinationalen Unternehmen, die ihren Sitz in Deutschland haben, über verbindliche Verhaltenskodizes zu verhandeln: Die Konzerne sollen sich gegenüber der IG Metall oder den internationalen Gewerkschaftsbünden vertraglich verpflichten, die ILO-Kernarbeitsnormen weltweit in ihren Betriebsstätten einzuhalten. Als erstes Unternehmen hat im Juni die Volkswagen AG in einer Sozialcharta entsprechende Standards festgeschrieben.

ILO: [www.ilo.org/public/german/region/](http://www.ilo.org/public/german/region/europro/bonn/kernarbeitsnormen)

[eurpro/bonn/kernarbeitsnormen](http://www.ilo.org/public/german/region/europro/bonn/kernarbeitsnormen)

IG Metall: [www.igmetall.de/download/](http://www.igmetall.de/download/wirtschafts_steuerpolitik/welthandel.pdf)

[wirtschafts_steuerpolitik/welthandel.pdf](http://www.igmetall.de/download/wirtschafts_steuerpolitik/welthandel.pdf)

Jobs With Justice: www.jwj.org

Globalisierung ist nicht gleich Globalisierung

Hauptprofiteure der zunehmenden internationalen Arbeitsteilung sind die transnationalen Konzerne. Der Sozialstaat bleibt dagegen auf der Strecke – er wird zum Wettbewerbsstaat umgebaut.

Von **Jörg Reitzig**

Wer heute von Globalisierung redet, kann damit sehr unterschiedliche Vorstellungen vom Zustand der Welt verbinden. Für Norbert Walter, den Chefvolkswirt der Deutschen Bank, ist sie der Ausdruck für den »Siegesszug der Marktwirtschaft« und Anlass, »bewegliche Arbeitszeiten« zu fordern, damit deutsche Unternehmer die Flexibilität haben, »die es ihren Ingenieuren ermöglicht, zu jeder Zeit, auch nachts, mit Kollegen in Asien zu kommunizieren«. Für Anthony Giddens, den Vordenker der Neuen Sozialdemokratie, hat sie die »staatliche Souveränität radikal verändert« und weist auf das »Entstehen einer globalen Zivilgesellschaft«. Tatsächlich sind die ökonomischen Dimensionen der Globalisierung von politischen Prozessen kaum zu trennen.

Auf einer ersten Ebene kann Globalisierung zunächst den schlichten Sachverhalt bezeichnen, dass sich Produktion, Handel, Information und Kommunikation im weltwirtschaftlichen Zusammenhang immer mehr verdichten und komplexere Formen der Arbeitsteilung hervorbringen. Die Erkenntnis, dass Märkte die Eigenschaft haben, ihre Aktivitäten in Raum und Zeit auszudehnen und dabei auch die Räume gewachsener Gesellschaften zu über-

winden, ist aber keinesfalls neu. Bereits der Ökonom Karl Marx wies vor 140 Jahren darauf hin, dass der Kapitalismus zur »Verschlingung aller Völker in das Netz des Weltmarktes tendiert«.

Neu ist jedoch die Qualität der transnationalen Verflechtung von Unternehmen. Unternehmensbereiche wie Marketing, Forschung oder Finanzierung werden zunehmend international ausgerichtet und koordiniert. Ganze Unternehmen kooperieren in Form hierarchischer Produktionsnetzwerke und so genannter strategischer Allianzen. Auffallend ist auch das Wachstum der Direktinvestitionen, also des Auf- und Ausbaus von Betriebsstätten im Ausland oder die Beteiligung an ausländischen Unternehmen. Hier schlug nicht zuletzt die

Die globale Ungleichheit ist mit der Globalisierung größer statt geringer geworden.

sprunghaft gestiegene Zahl der Unternehmenszusammenschlüsse zu Buche. So betrug der Wert aller grenzüberschreitenden Fusionen 1999 weltweit 3.435 Milliarden US-Dollar – 14 mal mehr als sieben Jahre zuvor.

Transnationale Konzerne (TNK), die in verschiedenen Ländern tätig sind, sind nicht nur die Hauptakteure der Globalisierung, sie sind auch die Hauptprofiteure im Welthandel. Ihr Anteil am Weltexport von Gütern und Dienstleistungen beträgt – den internen Handel eingeschlossen – rund zwei Drittel. Wirklich global ist der Handel aber keinesfalls. Denn obgleich die reichsten Länder der Welt weniger als ein

Fünftel der Menschheit stellen, entfallen auf sie drei Viertel aller Im- und Exporte.

Der größte Teil der Prozesse auf den Weltmärkten spielt sich innerhalb oder zwischen den industriellen Zentren des nordamerikanischen, japanischen und europäischen Raums ab. Andere Teile der Welt werden zunehmend abgehängt. So schrumpfte der ohnehin geringe Anteil Afrikas am Welthandel (1970: 4,4 Prozent) bis in die neunziger Jahre des vorigen Jahrhunderts nochmals um die Hälfte. Die globale Ungleichheit ist in Zeiten der Globalisierung nicht geringer, sondern größer geworden. Dieser Trend wird daher auch zutreffender als »Triadisierung« beschrieben.

Einzig die Finanz- und Kapitalmärkte entwickelten sich nach der Auflösung des Bretton-Woods-Systems, das bis 1973 die internationalen Wirtschaftsbeziehungen stabilisierte, zu einem tatsächlich globalen Markt. Während sich die Umsätze im Welthandel vom Ende der siebziger bis Ende der neunziger Jahre annähernd verdreifachten, wuchs der Devisenumsatz um rund das Zehnfache – pro Börsentag sind es heute mehr als 1,2 Billionen US-Dollar. Weniger als ein Zehntel davon entfallen allerdings auf konkrete Außenhandels- oder Investitionsvorgänge. Die Folge von spekulativen Finanztransaktionen dieser Größenordnung ist jedoch eine wachsende Krisenanfälligkeit der Wirtschaft im Ganzen. Zinssätze und Wechselkurse, die wichtige allokativen Steuerungsfunktionen erfüllen, verlieren an Wirksamkeit, das Risiko unternehmerischer Fehlentscheidungen steigt und die Stabilität des Gesamtsystems sinkt. Gefühls Investitionsklima: Tendenz fallend. An Einfluss gewonnen haben vor allem Banken und institutionelle Anleger.

Die Entwicklung der Finanzmärkte seit Mitte der siebziger Jahre ist aber kaum rein ökonomisch zu erklären. Sie ist vielmehr Ergebnis eines politischen Projekts. Steueroasen, wie beispielsweise auf den europäischen Kanalinseln, können ihre Funktion als Netzknoten im System der internationalen Finanzmärkte im heutigen Ausmaß nur wahrnehmen, weil die Aufhebung von Beschränkungen im Kapitalverkehr eines der ersten Großprojekte einer neoliberalen Politik der Deregulierung war, gefolgt von weiteren internationalen Regelwerken, etwa im Rahmen der



Hauptakteure sind transnationale Konzerne wie DaimlerChrysler

Foto: Promo / DaimlerChrysler



Der Wettbewerbskult ist um Erklärungen nicht verlegen: Berlin, 2002

Foto: Gordon Welters / Spot

ben, dass soziale Ungleichheit die Bedingung ökonomischer Effizienz sei.

Der neoliberale Wettbewerbskult ist hier um Erklärungen nicht verlegen. Für Herbert Giersch, langjähriger Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, ist Globalisierung ein Schlüsselbegriff unserer Epoche: »Der Markt verspricht Freiheit. Er zeigt uns, dass zweitbesten Menschen manchmal mit zweitbesten Lösungen am besten gedient ist.« Mit dieser Gewissheit lassen sich die Nebenwirkungen der Konkurrenzgemeinschaft besser öffentlich vermitteln – wie der Umstand, dass dem Anstieg der Zahl der Millionäre in Deutschland von 200.000 auf 1,5 Millionen eine Verdreifachung des Anteils der Sozialhilfeempfänger unter Kindern und Jugendlichen gegenübersteht. In dieser Hinsicht ist Globalisierung wohl das, was der französische Soziologe Pierre Bourdieu einen konservativen »Machtdiskurs« genannt hat, »eine Vorstellung, die Glauben auf sich zieht«, indem sie im Gewand der Wissenschaftlichkeit auftritt.

WTO. Die insofern politisch durch die Regierungen der führenden Industrieländer geschaffene Kapitalmobilität liefert heute wiederum den Anlass, die eingeschränkte politische Handlungsfähigkeit der Demokratie in Zeiten der Globalisierung zu behaupten.

Unter Hinweis auf den globalen Wettbewerb von Staaten, Regionen und Kommunen um Investoren wird der Sozialstaat zurückgedrängt; jener soziale Kompromiss, an dessen Zustandekommen gerade Gewerkschafter großen Anteil hatten – und der, wie der Philosoph André Gorz formuliert, »dem Kapital schon immer ein Dorn im Auge war, nämlich die Verbindung von Ausbeutung mit sozialen Verpflichtungen«.

Eingebettet in das gemischtwirtschaftliche System des Wohlfahrtsstaates hatte diese Sozialverpflichtung des Eigentums nach 1945 ihren Ausdruck in institutionellen Arrangements wie dem Streikrecht, der Tarifautonomie, einer progressiven Einkommens- und Vermögensbesteuerung, einem öffentlichen System sozialer Sicherung und nicht zuletzt der Steigerung der Arbeitseinkommen gefunden. Inzwischen ist der Umbau des Sozialstaates zum Wettbewerbsstaat weit vorangeschritten. Das Verhältnis von Wirtschaft und Politik wird neu definiert und die Privatisierung der Vorsorge gegenüber Lebensrisiken – ob in der Alterssicherung oder im Gesundheitswesen – mit der Begründung vorangetrie-

GLOBAL GOVERNANCE

Mit einer Weltregierung ist es nicht getan

Einfach zu übersetzen ist »Global Governance« nicht. Im Gegenteil scheint der Begriff, der in der Wissenschaft schon Mitte der achtziger Jahre geprägt, aber erst Mitte der Neunziger über die UN-Commission On Global Governance in eine breitere Diskussion gebracht wurde, ähnlich schwammig benutzt zu werden wie etwa »Nachhaltigkeit«. Schließlich bezeichnet Global Governance ein so umfassendes Konzept wie »die Menschheitsprobleme in einer globalisierten Welt zu lösen und einen Ausweg aus der politische Steuerungskrise zu weisen«. Am ehesten trifft deshalb der Begriff Weltordnungspolitik.

Global Governance geht davon aus, dass die Globalisierung sich bislang hauptsächlich ökonomisch vollzieht. Der Politik dagegen fehlen Strukturen und Akteure, um die neuen grenzüberschreitenden Probleme Ökologie, Migration und wachsende Ungleichheit analysieren und Lösungen für sie finden und umset-

Überlegungen zu den Chancen einer zivilgesellschaftlichen Global Governance eröffnen zwar die Perspektive einer kooperativen Re-Regulierung der Weltwirtschaft, bleiben dabei aber oft einer fragwürdigen Gegenüberstellung von Politik und Ökonomie verhaftet. Dabei macht gerade die Entwicklung der Finanzmärkte eines deutlich: Nicht Kapitalknappheit ist heute das Problem, sondern die sinnvolle Verwendung gemeinschaftlich produzierter Überschüsse. Und da es an sinnvollen Ideen eigentlich ebenso wenig mangelt wie an Menschen, die gerne (weniger) Arbeit hätten, scheint es überaus angemessen, wenn die Gesellschaft darüber nachdenkt, nach welchen Regeln sie diese Überschüsse verteilt wissen will. Denn die Regeln des Marktes sind von Menschen gemacht. Und wenn mehr globaler Wettbewerb zu weniger sozialer Gerechtigkeit führt, dann ist es vielleicht an der Zeit, dass die Menschen den Dingen eine andere Richtung geben. [5]

Jörg Reitzig ist Sozialökonom und arbeitet am IMU-Institut für Medienforschung und Urbanistik in Berlin.

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik:
www.memo.uni-bremen.de, International Forum On Globalization: www.ifg.org

NGOs: www.attac-netzwerk.de, www.weed-bonn.org, www.germanwatch.org

Literatur: Unsere Welt ist keine Ware, Hg.: Buchholz, Karrass, Nachtwey, Schmidt, KiWi, Köln 2002, 9,90 Euro

Globalisierung im Fokus, Hg.: DGB-Bundesvorstand, DGB-Bildungswerk, 2002, 5 Euro

zen zu können. Bislang vorhandene internationale Institutionen wie G7 oder G8, also der Zusammenschluss der sieben oder acht wichtigsten Industriestaaten, aber auch WTO oder Internationaler Währungsfonds (IWF) bieten nur einseitige Ansätze.

Ziel der diversen Kommissionen und Stiftungen, die weltweit mit dem Thema beschäftigt sind, ist es daher, Modelle für eine vernünftige Aufgabenbeschreibung und -verteilung zwischen lokalen, nationalen und internationalen Politikbereichen, staatlichen und zivilgesellschaftlichen Kräften sowie ein Gleichgewicht von formellen und informellen Regeln zu entwickeln. Dabei gibt es unterschiedliche Einschätzungen dazu, ob das in konsensuellen Strategien möglich ist oder ob es fundamentale Interessenkonflikte geben muss, die auch ausgetragen werden müssen. [5]

Commission On Global Governance:
www.cggg.ch

Stiftung für Entwicklung und Frieden:
<http://bicc.uni-bonn.de/sef/diesel/glo-gov.html>

Holpriger Weg nach Cancún

Vom 10. bis 14. September 2003 findet die nächste WTO-Ministerkonferenz statt. Austragungsort ist dieses Mal das mexikanische Cancún. Die internationalen Gewerkschaften sind gerüstet: Mit einem umfassenden Positionspapier und zahlreichen Vertretern vor Ort. Von Claudia Meyer

Die Ministerkonferenz ist das höchste Entscheidungsorgan der Welthandelsorganisation (WTO). Alle zwei Jahre treffen hier VertreterInnen der aktuell 146 Mitgliedsstaaten zusammen. Als Organisation besteht die WTO zwar erst seit 1995, das Allgemeine Zoll- und Freihandelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) als einer der Grundpfeiler der WTO wurde jedoch bereits 1947 unterzeichnet. Weitere Abkommen der WTO beziehen sich auf den Handel von Dienstleistungen (GATS – General Agreement on Trade in Services) und geistiger Eigentumsrechte (TRIPS – Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights).

Aufgaben der WTO sind die Verwaltung des Welthandelsabkommens, Kontrolle der nationalen Handelspolitiken der Mitglieder sowie die Beilegung von Handelsstreitigkeiten. Als Mitglied der WTO gehen Staaten völkerrechtliche Verpflichtungen ein. Durch das so genannte Streit-schlichtungsverfahren sind die Regeln zum Welthandel der WTO unter den Mitgliedsstaaten verbindlich. Aufgrund der Tatsache, dass die 146 Mitgliedsstaaten jedoch 97 Prozent des Welthandels verbuchen, grenzt dies nah an eine supranationale und universelle Handelsgerichtsbarkeit.

Die Kritik an der WTO macht sich an verschiedenen Faktoren fest. Die These, dass liberalisierte Märkte und Freihandel den Wohlstand aller mehre, hat sich als Irrglaube erwiesen. Der Blick auf die Länder des Südens zeigt, dass ihre Entwicklung durch Liberalisierung nicht befördert wurde. Im Gegenteil zeigt ihre Kritik, dass sie im Welthandelssystem strukturell benachteiligt werden und ihre Interessen gegen die Macht der Industriestaaten kaum durchzusetzen wussten. Hinzu kommt eine mittlerweile breit getragene Kritik an der mangelnden Transparenz und demokratischen Legitimation der WTO. Dies gilt umso mehr, als innerhalb der WTO Sozialstandards keine Berücksichtigung befinden, WTO-Regeln in nationales Recht eingreifen und eine parlamentarische Einbindung in das Verhandlungsprozedere um neue Handelsregeln die Ausnahme sind.

Nachdem vor etwa vier Jahren nicht zuletzt aufgrund der Proteste von Gewerkschaften und NGOs die Ministerkonferenz in Seattle scheiterte, wurde 2001 in Doha eine umfassende Handelsrunde beschlossen. Bis zum 1. Januar 2005 soll eine Einigung über multilaterale Handelsabkommen in den zentralen Bereichen wie Dienstleistungen und Landwirtschaft erzielt sein. Darüber hinaus soll entschieden werden, ob Verhandlungen über die so genannten new issues wie Investitionen und Wettbewerb aufgenommen werden. Damit stellt Cancún einen zentralen Meilenstein in der Doha-Runde dar.

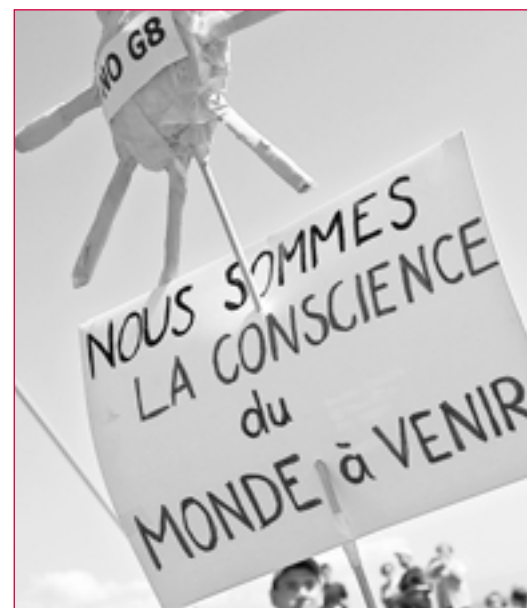
Doch der Weg nach Cancún ist ein holpriger: Mit dem Irak-Krieg wurden die transatlantischen Beziehungen erschüttert. Zudem scheinen im laufenden Verhandlungsprozess die Positionen an vielen Stellen unvereinbar, so dass zahlreiche Fristen und Termine nicht eingehalten wurden. Hinzu kommen Handelsstreitigkeiten zwischen den Mitgliedern. Und auch der Protest der Entwicklungsländer zeigt, dass dem eigentlichen Anspruch der in Doha beschlossenen Entwicklungsrunde zur besonderer Berücksichtigung der Interessen der Länder des Südens kaum genüge getan wird. All diese Faktoren tragen dazu bei, dass die Sorge eines neuerlichen Scheiterns der Handelsrunde bei denjenigen wächst, die sich Vorteile von der weiteren Liberalisierung erhoffen.

Gewerkschaften in Sorge. Die internationalen Gewerkschaften haben bereits im April 2003, also fünf Monate vor Cancún, ihre Positionen zur Welthandelsrunde vorgelegt. Das Themenspektrum ist breit: Von Maßnahmen zum Schutz von Arbeitnehmerrechten bis hin zu konkreten Vorschlägen, wie Demokratie und Transparenz in der WTO gewährleistet werden können. Sie ist Ausdruck der Sorge, dass im Rahmen der GATS-Verhandlungen elementare Güter und grundlegende Dienstleistungen dem Profitinteresse auf Kosten des Allgemeininteresses untergeordnet werden.

Eines der neu zu verhandelnden Abkommen ist das GATS. Es geht darum, den internationalen Handel mit Dienstleistungen auszuweiten. Zu den Dienstleistungen zählen u.a. Bereiche wie Post und Telekommunikation, Energie- und Wasserversorgung, Banken und Versicherungen, Tourismus, Gesundheit, Bildung oder Kultur. Der Dienstleistungssektor ist der am stärksten wachsende und umfasst mittlerweile mehr als 60 Prozent des globalen Bruttosozialprodukts. Der weltweite Handel mit Dienstleistungen liegt allerdings nur bei et-

wa 20 Prozent – für Unternehmen ein riesiges Potenzial zur Erschließung neuer Märkte.

Besonders problematisch ist die Liberalisierung von Dienstleistungen dann, wenn es sich um gemeinwohlorientierte Güter handelt. Dazu zählt beispielsweise die Wasserversorgung oder auch Bildung. Ein besonderes Interesse besteht daran, ob diese Dienstleistungen flächendeckend (und nicht nur dort, wo sich der Aufwand lohnt) zur Verfügung gestellt werden, in welcher Qualität und zu welchem Preis dies geschieht. Aus diesen Gründen sind diese Bereiche zumeist staatlich reguliert.



EU in Positionierungsnöten. Wie schwierig es ist, zu definieren, was Dienste von allgemeinem Interesse sind, zeigt ein Blick auf die EU. In jahrelangen Debatten ist es den EU-Mitgliedstaaten nicht gelungen, sich auf eine Position zu einigen. Mit einem im Mai vorgelegten Grünbuch zu Dienstleistungen von allgemeinem Interesse wird zum wiederholten Male der Versuch unternommen, die verschiedenen Meinungen einzuholen und zu einer Position zu bringen.

Gleichzeitig hat der Europäische Konvent in seinem Verfassungsentwurf u.a. eine Neuregelung der gemeinsamen Handelspolitik vorgenommen. Danach ist vorgesehen, dass Handelsverträge in die ausschließliche Kompetenz der EU fallen sollen. Eine Beteiligung der Mitgliedstaaten wäre nicht mehr vorgesehen, sondern nur noch des EU-Ministerrates und des Europäischen Parlaments.

Konkret: Das GATS könnte künftig auch die Frage berühren, wie viele Berufsschu-

len errichtet werden und welche Wegstrecke ein Auszubildender in Kauf nehmen muss, um die Berufsschule zu erreichen. Bislang werden solche Fragen auf nationaler bzw. auf Ebene der Bundesländer getroffen.

Wie widersprüchlich sich die EU verhält, zeigt der Blick auf die GATS-Verhandlungen. In dem Papier der EU, in der sie darlegt, welche Bereiche sie zu öffnen bereit ist, taucht beispielsweise Wasserversorgung nicht auf. Gleichzeitig wünscht sich die EU jedoch die Öffnung der Wassermärkte in anderen Ländern. Klar ist, dass eine einmal getroffene Regelung für alle WTO-Mitglieder verpflichtend ist – und zwar unwiderruflich.

Denn das GATS folgt bestimmten Prinzipien. Hierzu zählt, dass allen potenziellen Dienstleistern in den WTO-Mitgliedstaa-



Genf, 2003

Foto: Roland Geisheimer / attenzione

ten gleiche Chancen auf die grenzüberschreitende Erbringung einer Dienstleistung eingeräumt werden müssen (Meistbegünstigungsprinzip) und sie bei Grenzübertritt den inländischen Anbietern gleich zu stellen sind (Inländerprinzip). Hinzu kommt, dass einmal eingegangene Verpflichtungen im Rahmen von GATS unwiderruflich bzw. allenfalls gegen Kompensation bei Schadensnachweis durch Drittländer widerrufbar sind. Dies macht im Vorfeld nicht absehbare negative Auswirkungen faktisch unumkehrbar. Die Liberalisierung von Dienstleistungen innerhalb des WTO-Regimes ist daher ein unwiderrufliches Experiment, das nationale Regelungen außer Kraft setzt.

Ein weiterer Bereich, in dem die EU-Kommission Zugeständnisse machen möchte, ist der des grenzüberschreitenden Personenverkehrs (der so genannte Bereich mode 4 innerhalb des GATS). Architekten, Ingenieuren, Programmierern und anderen Dienstleistern soll ermöglicht

werden, in jedem WTO-Mitgliedsland tätig werden zu dürfen. Ungeregt bleiben Mindestlöhne (in Deutschland nicht üblich) und Arbeitsrechte, ganz zu schweigen von der Berücksichtigung der jeweiligen Situation am Arbeitsmarkt. Migration wird zur Handelsfrage.

Der DGB fordert daher, dass der Bereich mode 4 sowie Dienste von allgemeinem Interesse aus den GATS-Verhandlungen ausgenommen werden – zumindest solange, bis in der EU geklärt ist, was in den Bereich von Diensten von allgemeinem Interesse fallen soll.

Von demokratischer Globalisierung keine Spur. Die Verhandlungen um das GATS haben bestätigt, dass wir von einer demokratischen Beteiligung an den Regeln der Globalisierung noch weit entfernt sind. So unterlag der EU-Angebotsentwurf – also das Papier, mit dem die Liberalisierungsvorschläge der EU-Kommission mit den Mitgliedstaaten abgestimmt werden sollten – der Geheimhaltung. Eine Beteiligung nationaler Parlamente war nicht beabsichtigt. Gewerkschaften und Nichtregierungsorganisationen war es nur deshalb möglich, Stellung zu beziehen, weil das Papier durchsickerte und über das Internet an die Öffentlichkeit gelangte.

Aber auch innerhalb der WTO lassen notwendige Reformen weiterhin auf sich warten. So mangelt es nach wie vor an einem institutionalisierten Verfahren, das den Dialog mit der Zivilgesellschaft ermöglicht. Multilaterale Abkommen wie die Kernarbeitsnormen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) oder die Universelle Erklärung der Menschenrechte stehen nach wie vor ohne Verbindung und Koordination neben dem Handelsregime der WTO. Um diesen Instrumenten ein gleiches Gewicht zu verleihen, fordern die internationalen Gewerkschaften, soziale Fragen in die Überprüfung der Handelspolitiken einzubeziehen. Das Streitschlichtungsverfahren soll nicht länger nur Handelsexperten überlassen bleiben, sondern der öffentlichen Information und Beteiligung der Gewerkschaften und anderer zivilgesellschaftlicher Gruppen geöffnet werden.

Vor allem kleineren und ärmeren Ländern ist es nach wie vor kaum möglich, sich an laufenden Verhandlungen in ausreichendem Maße zu beteiligen. Es fehlt nicht nur an Transparenz, sondern oftmals auch an der erforderlichen finanziellen und personellen Ausstattung. Der Anspruch einer Entwicklungsrunde wird solange eine Farce bleiben, wie nicht in der WTO die institutionellen wie finanziellen Ressourcen bereit gestellt werden, die eine Beteiligung aller WTO-Mitgliedsländer sicher stellen.

Ruinöser Wettbewerb um Arbeitsbedingungen. Die weltweite Praxis zeigt, dass

Verstöße gegen die Vereinigungsfreiheit und das Verbot von Kinder- und Zwangsarbeit sowie Diskriminierung an der Tagesordnung sind. Hieran wird deutlich, dass zur Durchsetzung der ILO-Kernarbeitsnormen als Bestandteil der universellen Menschenrechte weiterhin die Voraussetzungen fehlen. Regierungen wie Unternehmen nutzen diesen völkerrechtlichen Verstoß, um unlautere Vorteile im internationalen Handel zu erzielen.

Die Argumente gegen eine verbindliche Verankerung der Kernarbeitsnormen in das WTO-Handelsregime sind vielfältig. Oftmals wird vorgebracht, dass niedrige Arbeitskosten der wesentliche comparative Vorteil der Entwicklungsländer seien und der Ruf nach Kernarbeitsnormen lediglich protektionistischen Interessen der Industrieländer und ihrer Gewerkschaften geschuldet sei.

Tatsache ist, dass sich der Wettbewerb der Arbeitskräfte weniger zwischen Nord und Süd vollzieht, sondern vielmehr auf den Achsen Nord-Nord und Süd-Süd. Während in den entwickelten Ländern weitreichendere Instrumente als die Kernarbeitsnormen zum Schutz der ArbeitnehmerInnen zur Verfügung stehen, bestehen in den Entwicklungsländern zumeist nicht einmal Mindeststandards. In der Folge setzt ein ruinöser Wettbewerb der Arbeitsbedingungen zwischen den Entwicklungsländern ein, die mit vergleichbaren Produktionsverfahren ähnliche Produkte anbieten. Die Einhaltung der Kernarbeitsnormen hingegen gewährleistet gleiche Mindeststandards in den Ländern des Südens.

Offensichtlich reichen aber weder die Selbstverpflichtung der WTO-Mitglieder noch die Durchsetzungsmöglichkeiten der ILO bisher aus, um dem ruinösen Wettbewerb um Arbeitsbedingungen entgegen zu wirken. Aus Sicht der Gewerkschaften müssen die Kernarbeitsnormen in ihrer völkerrechtlichen Bedeutung über jedwede Handelsbestimmung gestellt werden. Um ihre Durchsetzung zu gewährleisten, ist innerhalb der Strukturen der WTO eine Arbeitsgruppe einzurichten, die unter der gleichberechtigten Beteiligung der ILO den Zusammenhang zwischen Handel und sozialen Themen herstellt. Solange die Kernarbeitsnormen nicht verbindlicher Bestandteil innerhalb des WTO-Handelsregimes geworden sind, lehnen die internationalen Gewerkschaften eine Ausweitung der Verhandlungsthemen ab. ⁵

Claudia Meyer ist in der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes für internationale Wirtschaftspolitik zuständig.

Die Gewerkschaftserklärung zur Agenda für die 5. WTO-Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation kann abgerufen werden unter www.union-network.org

Der Norden raubt die Köpfe

»Brain Drain« heißt Abfluss an Intelligenz und wird für die Länder des Südens zum großen Problem – vor allem mit dem deutschen Zuwanderungsgesetz. Von **Anton-Andreas Guha**

Alle reden von Zuwanderung und ihren Folgen für das Aufnahme-land Deutschland. Aber von den Folgen der Abwanderung aus den Geberländern redet niemand. Und doch sind diese dramatisch. Nun ist Zuwanderung, Immigration oder Emigration nichts Neues und auch keine Erscheinung klassischer Einwanderungsländer wie der USA, Kanadas, oder Australiens. Auch in Europa hat es seit dem Jahre 1400 knapp 500 Wande-

dringend selbst. Und tatsächlich ist der Süsmuth-Bericht wenigstens ehrlich: »Grundsätzlich gefährdet eine Abwanderung von qualifizierten Arbeitskräften die technische Kompetenz eines Landes, und sie kann potenzielle Entwicklungschancen reduzieren. Die Abwanderung kann Auswirkungen auf die gesamtgesellschaftliche Entwicklung haben. Es besteht die Gefahr eines sich verstärkenden Prozesses wirtschaftlichen Niedergangs.«

Weiter räumt der Süsmuth-Bericht mit einigen Alibi-Argumenten der Zuwanderungs-Befürworter auf: Einmal Ausgewanderte würden mit ihrem Geld und ihrem Wissensschatz nicht wieder zurückkehren, um ihrem Heimatland nützlich zu sein. Ihre Geldüberweisungen wären für die wirt-

SPD-Entwicklungsministerin Heidi Wiecek-Zeul kennt natürlich das Problem des Brain Drain (Abfluss an Intelligenz). Sie hält es für ein Unding, Fachkräfte aus der so genannten Dritten Welt abziehen, und deutsche Fachkräfte im Rahmen der Entwicklungshilfe hinschicken. Die Ministerin will »so wenig Zuwanderung wie möglich«.

Aber warum schweigen all die vielen Organisationen, die sich in den Ländern des Südens teils mit gutem Erfolg engagieren? Eine Erklärung ist, dass sie sich mit dem Zuwanderungsgesetz eine Liberalisierung des Asylrechts erhoffen, ferner einen Abbau rassistischer Vorurteile, da die Zuwanderer ja hier bleiben und sich integrieren sollen. Außerdem hoffen sie wider

jede geschichtliche Erfahrung, dass die Zuwanderer mit Geld und Wissen wieder zurückkehren werden. So denkt man etwa bei der Carl-Duisberg-Gesellschaft oder beim DGB. Bei Misereor hat man sich »noch keine Gedanken gemacht«, will den Brain Drain aber auch »nicht ver-harmlosen«.

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) will die Folgen des Brain Drain ebenfalls nicht leugnen, meint aber, es gebe »zu viele« Fachkräfte in den Entwicklungs- und Schwellenländern, die aber ohnehin nicht in allzu großer Zahl zu uns kommen würden. Nur Werner Mundt, Leiter des Centrums für internationale Migration und Entwicklung, warnt vor verhängnisvollen Konsequenzen. Indien verliere

jährlich rund 2,4 Milliarden Euro durch Abwanderung von Computerspezialisten allein in die USA, den gleichen Betrag beklagt Südafrika durch die Abwanderung seiner Ärzte. Der ecuadorianische Generalkonsul Wolfgang Kuhn weiß, warum niemand über dieses Problem spricht: Die Regierungen des Südens wollen ein gutes Verhältnis zu Deutschland und »trauen sich nicht, etwas zu sagen«. □

Anton-Andreas Guha ist Nachrichtenredakteur bei der »Frankfurter Rundschau«, hauptsächlich für Entwicklungshilfepolitik und Lateinamerika.



Greencard-Inhaber Rohith Ajjampur aus Bellary, Indien

Foto: Christian Jungeblodt

rungsbewegungen (Migration) gegeben. Meist waren politische oder religiöse Gründe die Ursachen, häufig war es aber auch bittere Not. Solche Migrationsgründe müssen für jeden Bedrohten rechtlich geschützt bleiben. Doch darum geht es bei dem deutschen Zuwanderungsgesetz gar nicht. Hier ist ein Industriestaat dabei, gezielt die Intelligenz aus der Dritten Welt und den Staaten Osteuropas anzuwerben.

Die Spezialisten und Fachkräfte sollen uns helfen, unseren Wohlstand zu erhalten und zu mehren, wie es im Bericht der Süsmuth-Kommission heißt, auf deren Analyse der Entwurf des Zuwanderungsgesetzes beruht. Doch die armen Staaten wollen erst etwas Wohlstand schaffen und bräuchten daher ihre gut ausgebildeten Kräfte

schaftliche Entwicklung kaum von Bedeutung, da sie »überwiegend konsumtiv verwendet« würden. Schließlich bestehe die Gefahr, dass der Sog der Nachfrage das Bildungssystem in den Herkunftsländern ruiniert, weil es zu einer »Fehlspezialisierung auf die Arbeitsmarkterfordernisse der Industrieländer« führt.

Die Bedenken machen, obwohl sie den ganzen Bericht widerlegen, gerade mal zwei Seiten aus. Auf knapp 300 Seiten wird der Zuwanderung wider besseren Wissens das Wort geredet. Deutschland brauche die Zuwanderer, weil wir uns in einem Wettbewerb mit anderen Industriestaaten wie den USA befinden. Dafür sollen die armen Länder hergeben, was sie noch haben: ihre ohnehin wenigen Fachkräfte.

NGOs: www.attac-netzwerk.de,
www.venro.org, www.oneworldweb.de

Mit Entlassung ist keinem geholfen

Kinder arbeiten in allen Sektoren der Wirtschaft. Ein Problem ist das, wenn sie dabei ausgebeutet werden. Wer helfen will, muss für Alternativen sorgen. Ein Plädoyer von Barbara Küppers

In den so genannten Entwicklungsländern arbeiten 250 Millionen Kinder unter 14 Jahren, 120 Millionen von ihnen den ganzen Tag. Sie schuften in allen Sektoren der Wirtschaft. Nach Angaben der Internationalen Arbeitsorganisation ILO in Genf arbeiten die meisten Kinder im informellen Sektor, also dort, wo es weder Verträge noch Sozialleistungen gibt: Sie arbeiten mit ihren Eltern in der Landwirtschaft oder verdingen sich auf den Straßen der großen Städte. Etwa zehn Prozent der Kinderarbeiter sind in Betrieben beschäftigt, die Waren exportieren, also in Textilfabriken, Steinbrüchen, Teppichmanufakturen oder auf Kakao- und Kaffeeplantagen.

Krasse materielle Armut ist eine Ursache von Kinderarbeit. Keine oder schlechte Schulsysteme, Diskriminierung von Mädchen und ethnischen oder religiösen Minderheiten sind zusätzliche Faktoren. Manchmal steigt die Kinderarbeit gerade dann enorm an, wenn die Wirtschaft boomt – ein typisches Phänomen in der Textilindustrie.

Kinder, die ausgebeutet werden, müssen aus Arbeitsverhältnissen befreit werden und eine Ausbildung bekommen. Arbeitende Kinder müssen gestärkt werden, damit sie für ihre Rechte eintreten können. Dafür steht unter anderen die Kinder- und Menschenrechtsorganisation Terre des hommes. Wir gehen, wie viele unserer Projektpartner auch, davon aus, dass Kinderarbeit nicht immer und überall schlecht ist. Wichtig ist, zwischen Ausbeutung und sinnvoller Arbeit zu unterscheiden. Die internationale Gemeinschaft hat in zwei Vertragswerken definiert, dass Kinder ein Recht auf Schutz vor Ausbeutung haben.

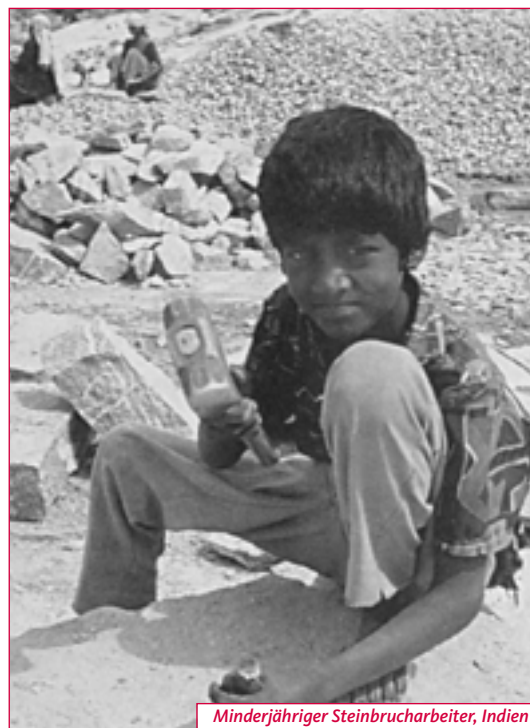
Das Übereinkommen über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen (Kinderrechtskonvention von 1989) formuliert in Artikel 32 das Recht des Kindes auf Schutz vor gefährlicher und ausbeuterischer Arbeit. Ausbeuterische Kinderarbeit umfasst in der ILO-Konvention 182/Artikel 3 Sklaverei, Schuldknechtschaft, Leibeigenschaft oder Zwangsarbeit, alle Tätigkeiten,

die zu Prostitution oder Pornographie genutzt werden können, unerlaubte Tätigkeiten, besonders Drogenanbau und -handel sowie alles, was Gesundheit, Sicherheit und Sittlichkeit von Kindern schaden kann.

Mehr als 110 Staaten haben die Konvention 182 inzwischen ratifiziert. Terre des hommes unterstützt Initiativen in Afrika, Asien und Lateinamerika, die Kindern Alternativen bieten, Kinderarbeiter stärken und ihnen im nationalen und internationalen Kontext Gehör verschaffen. Wichtig dabei sind breite gesellschaftliche Koalitionen gegen die Ausbeutung und politischen Druck. Das ist in Staaten mit sehr eingeschränkten Bürger- und Menschenrechten nur bedingt möglich – hier gilt es, die Menschenrechtsarbeit und den Aufbau von Arbeitervertretungen zu fördern.

Handelsunternehmen und Verbraucher können diese Arbeit unterstützen: Terre des hommes arbeitet bei TransFair, Rugmark und dem Blumensiegel mit und fordert Handelsunternehmen auf, ihre Zulieferer mit Verhaltenskodizes oder – wo möglich – durch die Beteiligung an Siegelinitiativen auf die Einhaltung wenigstens der Kernarbeitsnormen zu verpflichten und dies wirksam zu kontrollieren. Entscheidend ist dabei, dass Kinder nicht nur aus der Arbeit entlassen werden, sondern auch eine Alternative erhalten: Denn sonst landen sie einfach in der nächsten Firma oder auf der Straße. Deshalb müssen Unternehmen Verantwortung übernehmen und sich zum Beispiel für deren Schul- und Berufsausbildung engagieren.

Die Macht von Unternehmen und Verbrauchern ist groß, hat allerdings Grenzen. Denn die Ursachen von Kinderarbeit müssen von der Politik behoben werden. Schließlich ist Kinderarbeit in fast allen Ländern der Welt per Gesetz verboten. Doch um diese Gesetze auch durchzusetzen, müssen Bedingungen geschaffen werden: Bildungs- und Gesundheitspolitik müssen Vorrang haben. Schulpflicht, kostenloser Schulbesuch sowie genügend und gute Schulen auch für Kinder armer Familien, für Mädchen und Kinder aus ethnischen und religiösen Minderheiten müssen selbstverständlich werden. Gesetze und



Minderjähriger Steinbrucharbeiter, Indien

Foto: Terre des hommes

deren Umsetzung müssen sich an den Schutzrechten von Kindern orientieren. Sonst kommt es zu politischen Maßnahmen, die Kinderarbeiter in die Illegalität drängen und damit noch verwundbarer machen.

Die Industriestaaten können wesentlich zur Verwirklichung beitragen: Weltbank und Internationaler Währungsfonds (IWF) dürfen ihre Hilfe nicht an die drastische Kürzung von Bildungs- und Gesundheitsetats binden. Die Europäische Union muss Entwicklungsländern gleichen Zugang zu ihren Märkten gewähren. Schutzzölle auf landwirtschaftliche Produkte zum Beispiel zwingen Produzenten, die Kosten extrem niedrig zu halten. Kinderarbeit darf nicht für protektionistische wirtschaftspolitische Maßnahmen instrumentalisiert werden. Entwicklungshilfe muss vorrangig auf Armutsbekämpfung ausgerichtet werden. [S](#)

Barbara Küppers ist Mitarbeiterin der Zentrale von Terre des hommes in Osnabrück und für den Bereich Kinderarbeit zuständig.

Gewerkschaften: www.union-network.org

NGOs: www.tdh.de, www.oneworldweb.de, www.bundesarbeitsgemeinschaft.de/kinderarbeit.htm, www.kindernothilfe.de; Initiative gegen illegale Kinderarbeit: www.rugmark.de

WTO – Propagandistin des Freihandels

Die Welthandelsorganisation WTO (World Trade Organization) ist die Institution, die völkerrechtlich verbindliche Regeln für den internationalen Handelsverkehr schafft. Ihr Sitz ist Genf. Sie hat 142 Mitglieder, darunter die Europäische Union. Auf dem Papier sind alle gleichberechtigt. Doch in Wirklichkeit fehlen den Ländern des Südens Geld und Fachleute, um den Interessen der Menschen aus ihren Ländern in der Zentrale und bei den Verhandlungen Geltung verschaffen zu können. Die Hauptkritik an der WTO richtet sich gegen ihre hemmungslose Propaganda eines totalen Freihandels, von dem auch Nahrungsmittel oder Patente auf Erbgut nicht ausgenommen werden. Konkret kann das so aussehen, dass kranke Menschen keine überlebenswichtigen Arzneimittel erhalten, weil Konzerne keine Zugeständnisse bei Patentrechten machen und deshalb den billigen Nachbau von Medikamenten verbieten. Wichtigste Mittel der WTO sind drei Abkommen: GATT, GATS und TRIPS. Deren uneingeschränkte Anerkennung ist Voraussetzung für die WTO-Mitgliedschaft.

GATT – Ungleicher Handel

Das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen GATT (General Agreement on Tariffs and Trade) verfolgt seit 1947 das Ziel, alle Handelschranken abzubauen. Das waren in der Vergangenheit vor allem Zollbestimmungen. Doch inzwischen greift das GATT auch nationale Bestimmungen für den Umwelt- und Gesundheitsschutz als Handelshemmnisse an. Die USA zum Beispiel halten Hormon-Fleisch für selbstverständlich. Als die EU wegen gesundheitlich bedenklicher Folgen dessen Einfuhr verbieten wollte, war das angeblich ein Verstoß gegen die Grundsätze des ungehinderten Handels. Über unterschiedliche Auffassungen wie die zwischen den USA und der EU entscheidet ein Streitbeilegungsorgan, dem nur Fachleute für Handelsrechtsfragen angehören. Fachleute für Umwelt- und Gesundheitsprobleme finden ebensowenig Gehör wie internationale Organisationen, die in diesen Bereichen arbeiten.

GATS – Privatisierungsbibel

Das GATS (General Agreement on Trade in Services) ist das GATT für Dienstleistungen und betrifft den Handel mit Dienstleistungen aus den Bereichen Tourismus, Banken und Versicherungen, Medienrechte, Telekommunikation, Transport. Doch auch große Teile des öffentlichen Dienstes und sozialer Sicherungssysteme sollen ins GATS-Korsett. Dahinter steht die Vorstellung,



nichtkommerzielle Dienstleistungsangebote seien eine Beschränkung des freien Marktes. Öffentlich-rechtliche Medien, solidarische Sozialsysteme wie Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung seien in diesem Sinne systemwidrig und müssten reformiert, wenn nicht privatisiert werden. Außerdem legt das GATS fest, dass Regierungen für bestimmte Branchen auch ausländischen Anbietern den Marktzugang ermöglichen müssen – ein breites Einfallstor für transnationale Konzerne, vor allem in Ländern des Südens einheimische Märkte zu stören, die der Selbstversorgung der Bevölkerung dienen.

TRIPS – Patent auf Leben?



Hierbei handelt es sich um ein Abkommen, das den Handel mit geistigem Eigentum regelt (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights; TRIPS). Die Industrieländer haben das Abkommen als Teil der WTO durchgesetzt. TRIPS betrifft unter anderem Saatgut und Nutztiere, die internationale Konzerne durch Züchtungen oder Genmanipulation verändert und sich dann patentieren haben lassen. So brauchen Bauern nun für die schlichte Produktion von Nahrungsmitteln kostenpflichtige Genehmigungen der neuen Rechte-Inhaber. Das gilt selbst dann, wenn Konzerne sich im wesentlichen nur traditionelle Pflanzensorten oder Tierassen haben schützen lassen. Beim TRIPS geht es auch um Patente, Design, Computerprogramme, Musikstücke und Literatur. Auch deren Nutzung zahlt sich meistens mehr für Konzerne als für die ErfinderInnen, ProgrammiererInnen, KomponistInnen, SchriftstellerInnen und JournalistInnen aus. Diese werden zum Teil sogar widerrechtlich enteignet.

UNO – Weltregierung

Den Vereinten Nationen (United Nations Organization; UNO) gehören alle Staaten dieser Erde an außer der Schweiz (noch nicht!), dem Vatikan und dem international nicht anerkannten Taiwan. Ihre Grundsätze hat die UNO in ihrer Charta verankert. Ziele sind vor allem,

den Weltfrieden und die internationale Sicherheit zu bewahren und Menschenrechte und Grundfreiheiten zu schützen. Unterstützung erfährt die UNO-Arbeit durch 14 eigene Sonderorganisationen wie die WHO. Entscheidendes Gremium ist der Sicherheitsrat mit 15 Mitgliedern. Dessen ständige Mitglieder sind die USA, Großbritannien, Frankreich, Russland und China. Diese Länder können mit ihrem Einspruch Mehrheitsentscheidungen verhindern. Von dieser Möglichkeit haben vor allem die USA ausgiebig Gebrauch gemacht. Die USA schränken die UNO-Handlungsmöglichkeiten wesentlich dadurch ein, dass sie ihre Beiträge für die Organisation (25 Prozent des gesamten UNO-Haushalts) zurückhielten.

IWF – Nebenregierung



Der Internationale Währungsfonds (IWF. Englisch: International Monetary Fund; IMF) wurde ursprünglich eingerichtet, um die Stabilität der Wechselkurse zu fördern. Er sitzt in Washington und hat 182 Mitgliedsländer. Die Gewichtung der Stimmrechte sichert so gut wie immer eine Mehrheit für die fünf stärksten Mitglieder, nämlich die USA, Deutschland, Japan, Frankreich und Großbritannien. Die Länder zahlen Mitgliedsbeiträge und können sich im Gegenzug beim IWF Kredite verschaffen. Allerdings gewährt er diese nur gegen harte Auflagen, so genannte Strukturanpassungsprogramme für die Politik der Empfängerländer. Dieses Diktat hat immer wieder zu Protesten der Bevölkerung der betroffenen Länder gegen die undemokratische »Nebenregierung« des IWF geführt (jüngstes Beispiel ist Argentinien). Inzwischen mehren sich auch in der offiziellen Politik Zweifel, ob die IWF-Politik die richtige ist.

Weltbank – Schulden für Schulden



Die in Washington ansässige Weltbank umfasst vier selbstständige Organisationen mit einem gemeinsamen Präsidenten. Eine ist die IDA (Internationale Entwicklungsorganisation), die wichtigste überstaatliche Quelle von Krediten für die nicht umfassend industrialisierten Staaten. Größte Kreditempfänger sind Indien und China. Ähnlich wie im IWF beherrschen die fünf stärksten Industrieländer auch die Weltbankorganisationen. Diese vergeben nur wenige Kredite zinslos, die meisten zu kommerziellen Bedingungen. Die Gelder fließen oft in zweifelhafte Entwicklungsprojekte, zu denen zum Beispiel Riesenstaudämme in Indien gehören, auch wenn diese Umweltzerstörung und massenhafte Vertreibung für die einheimische Bevölkerung bedeuten. Eine der Weltbankeinheiten si-



chert direkte Kapitalanlagen internationaler Konzerne in den Ländern gegen Verluste ab, deren Regierungen oder Parlamente die Möglichkeiten zur Profitausfuhr begrenzen wollen. 40 Prozent ihrer Kredite vergibt die Weltbank, damit die Empfängerländer ihre Schulden bei anderen Kreditgebern bezahlen können.

OECD – Die Reichen



Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development; OECD) mit Sitz in Paris ist der Zusammenschluss der 29 reichsten Staaten der Erde. Sie ist faktisch die wichtigste internationale Organisation zur Abstimmung der Wirtschaftspolitik in den westlichen Ländern. Teilweise hat sie eine Vorreiterrolle für das GATT zur Durchsetzung von Deregulierung, Liberalisierung, Privatisierung. Einfluss hat die OECD vor allem mit ihren jährlichen Berichten, die regelmäßig Flexibilisierung, also die weitere Abschaffung von Arbeitnehmerrechten fordern. Der OECD verbunden sind Organisationen wie die Atomenergie-Agentur oder die Internationale Energie-Agentur, die Notstandsmaßnahmen für den Fall einer Ölkrisse plant.

WHO – Gesundheit für Alle



Die Weltgesundheitsorganisation (World Health Organization; WHO) mit Sitz im schweizerischen Genf ist eine der UNO-Sonderorganisationen. Ihr Ziel ist, das Leben der Menschen zu verbessern, indem sie die Bedingungen für einen Zustand »vollständigen körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens« schafft. Die WHO hat schon vor mehr als 20 Jahren Mindestziele festgelegt, unter anderem die Versorgung der Völker mit einwandfreiem Trinkwasser, ausreichend Medikamenten und Impfschutz. Die Arbeit der WHO leidet vor allem an fehlendem Geld, weil viele Mitgliedsländer ihre Beiträge nicht zahlen.

FAO – Nahrung für Alle

Die FAO (Food and Agricultural Organization) in Rom ist die UNO-Fachorganisation für Ernährung, Landwirtschaft, Fischerei und Forstwesen. Sie ist die größte der UNO-Sonderorganisationen, die sich mit Entwicklungsfragen beschäftigen, und soll weltweit die Versorgung mit Nahrungsmitteln sichern sowie Hungersnöte bekämpfen, letztlich die Menschheit vom Hunger befreien. 1994 beschloss die FAO, die Zahl der unterernährten Menschen bis 2015 zu halbieren. Doch in den vergangenen Jahren konnte die FAO kaum Programme in diese Richtung ent-



wickeln, weil sie mit unmittelbarer Katastrophenhilfe gegen Hungersnöte als Folge von Krieg sowie Natur- und Umweltzerstörung beschäftigt war.

IBFG – Gewerkschafts-Internationale



Der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) entstand 1949 aus der Spaltung des Weltgewerkschaftsbundes und hat heute rund 120 Millionen Mitglieder in etwa 170 Organisationen aus über 120 Ländern. Die Rolle des IBFG im Rahmen der Globalisierung ist umstritten: Einerseits waren IBFG-Mitglieder wesentliche Organisatoren der Proteste gegen die Ministerkonferenz der WTO im Herbst 1999 in Seattle. Andererseits kritisieren Entwicklungsorganisationen aus den armen Ländern des Südens den IBFG wegen dessen Forderungen nach weltweit verbindlichen sozialen Mindestbedingungen: Allgemeinverbindliche Regeln könnten dazu führen, dass Menschen in den Ländern des Südens die Überlebensgrundlage entzogen wird. Ein Beispiel ist Kinderarbeit, die für viele Familien überlebensnotwendig ist. Sie zu verbieten, ohne neue Möglichkeiten zu schaffen, würde noch größeres Elend oder den Weg in die Prostitution bedeuten.

ILO – Der Runde Tisch



Die Internationale Arbeitsorganisation (International Labour Organization; ILO) in Genf war die erste UNO-Sonderorganisation und ist seit 1969 Trägerin des Friedens-Nobelpreises. Alle ILO-Gremien sind besetzt von Vertretern von Regierungen, Arbeitgebern und Gewerkschaften im Verhältnis 2:1:1. Die ILO geht davon aus, dass »der Weltfriede auf Dauer nur auf sozialer Gerechtigkeit aufgebaut werden kann«. Die Organisation will deshalb Beschäftigungsmöglichkeiten schaffen, Arbeitsbedingungen verbessern, eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums erreichen und weltweit soziale Mindestregeln durchsetzen. Dazu gehören das Recht zur Gründung von Gewerkschaften und das Verbot von Zwangs- und Kinderarbeit. Problematisch ist, dass die ILO keine Möglich-

keiten hat, ihre Normen verbindlich durchzusetzen.

WEF – Der exklusive Club

Beim WEF (World Economic Forum) handelt es sich um »einen der größten Bluffs der Welt«, sagte einmal der ansonsten keineswegs als Globalisierungskritiker bekannte US-Außenpolitiker Richard Holbrooke. Das WEF ist eine private Veranstaltung des Genfer Wirtschaftsprofessors Klaus Schwab. Er gründete 1971 eine Stiftung, die im teuren Schweizer Wintersportort Davos alljährlich zwischen Weihnachten und Karneval einen Privat-Gipfel für etwa 1.000 Spitzenmanager organisiert. Dazu kommen noch einige hundert Politiker (und auch Wissenschaftler und Künstler). An keinem Ort sonst kommen die Herren – und wenige Frauen – der Welt so geballt zusammen. Mehr als 1.000 Firmen vor allem aus Europa und den USA finanzieren das Treffen, das die Teilnehmer für sechs Tage schätzungsweise 15.000 Euro kostet. Im vergangenen Jahr fand das Treffen ausnahmsweise in New York statt.

TRIMS – Gegen die Natur

Das Abkommen über »Investitionsmaßnahmen im Zusammenhang mit dem Handel« (Trade Related Investment Measures; TRIMS) als Teil der WTO-Abkommen soll vorteilhafte Bedingungen für grenzüberschreitende Kapitalanlagen (Fachkürzel: ADI) schaffen. Für die Länder, in denen auswärtige Konzerne Kapital anlegen, haben die ADI neben einem allenfalls kleinen Nutzen schwerwiegende Nachteile: Gewinnrückflüsse verschlechtern die Zahlungsbilanz, der Verbrauch heimischer Rohstoffe belastet Natur und Umwelt, Entscheidungen fallen in einer fernen Konzernzentrale. [5](#)



Die Comics von Piero wurden mit freundlicher Genehmigung dem Band »We Can Do It«, herausgegeben von Public Services International (PSI), entnommen. (Vgl. Soli-aktuell 8-02)

Zu bestellen unter: psi@world-psi.org

Arm dran, Arm ab?

Ein globalisierter Gesundheitsmarkt verweigert den Unterprivilegierten das Recht auf Gesundheit. Von *Andreas Wulf*

Die Vorstellung der marktliberalen Globalisierer von einem privatisierten Gesundheitssystem klingt gar nicht mal so übel: Patienten sind nicht mehr zu Dank verpflichtete Hilfsempfänger, sondern Kunden, die kompetent Gesundheitsdienstleistungen am Markt einkaufen, die von Krankenkassen, Ärzten, Therapeuten und Pflegenden angeboten werden. Dass es nur um eine bessere Gesundheitsversorgung geht, kann jedoch kaum glauben, wer sich die Verdienstmöglichkeiten ansieht: Die Gesundheitsmärkte in den OECD-Ländern, die nach aktuellen Schätzungen einen Jahresumsatz von drei Billionen US-Dollar haben und Prognosen zufolge in den nächsten fünf Jahren um ein weiteres Drittel wachsen werden, sind schlicht äußerst profitabel und erhalten durch die Globalisierung ganz neue Dimensionen.

Neben den schon immer transnational arbeitenden Pharmaunternehmen haben große Krankenhauskonzerne, die eine Expansion über die jeweiligen Landesgrenzen hinaus suchen oder Versicherungsgesellschaften, die neue Kunden anwerben, Interesse am globalisierten Gesundheitsmarkt. Mit Hilfe der Telemedizin ist die physische Präsenz des Arztes beim Patienten für Diagnostik und Therapie nicht mehr erforderlich. Und auch Laborleistungen lassen sich globalisieren.

Wer tatsächlich von einem privatisierten Gesundheitssystem profitiert und wer verliert, zeigt der Blick in viele hochverschuldete Länder der Dritten Welt, die ihre öffentlichen Dienste schon seit den achtziger und neunziger Jahren abbauen mussten. Neben dem externen Brain Drain (siehe auch Seite 6), also der Abwanderung von medizinischem Personal vor allem in den Mittleren Osten, die USA, Großbritannien und Australien, wo es mehr Stellen und mehr Geld gibt, gibt es auch einen internen vom öffentlichen ins private System – viele Gesundheitsarbeiter können nicht mehr von den öffentlichen Löhnen leben.

Diese Überlebensstrategien der im Gesundheitssystem Beschäftigten machen es für Patienten, die sich die teil- oder ganz privatisierten Dienste nicht leisten können,

immer schwieriger, zu einer geregelten Gesundheitsversorgung zu kommen. Außerdem verschärft sich der Unterschied zwischen Stadt und Land dramatisch, weil die Gelegenheit zum privaten Nebenverdienst in den Städten sehr viel größer ist.

Die Kombination aus ökonomischer Notwendigkeit und Marktideologie be-

Die Gesundheitsmärkte der OECD-Länder haben einen Jahresumsatz von drei Billionen US-Dollar.

schädigt das professionelle Ethos nachhaltig. Und es verstärkt die Entwicklung eines zweigeteilten Gesundheitssystems: Hier ein schabiges öffentliches mit unmotiviertem, überarbeitetem und schlechter



»Was, wenn ein Designfood-Unternehmen Spitäler übernimmt?«

Foto: Spinas / Gemperle

qualifiziertem Personal, da ein Privatsektor, der qualifizierte Leistungen nur gegen Bezahlung bereitstellt und der keine Verantwortung für die gesundheitliche Versorgung der ökonomisch Schwachen übernimmt.

Verstärkt wird diese Spaltung noch durch große Krankenhauskonzerne, die durch Joint Ventures bereits die Voraussetzungen für einen Behandlungstourismus

geschaffen haben. Sie nutzen die niedrigeren Lohnkosten, bieten aber vor allem High-Tech-Medizin an und konzentrieren ihre Ressourcen so vor allem auf diejenigen, die dafür bezahlen können. Thailand ist ein Beispiel für eine solche Dynamik im Gesundheitsbereich. Aber auch in Indien gibt es bereits eine Reihe solcher Projekte, die im Vergleich zu den westlichen Industriestaaten und anderen regionalen Unternehmen kostengünstigere Behandlungen anbieten. So kosten dort Bypass-Operationen ein Zehntel des in den USA üblichen Preises.

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass die Kommerzialisierung und Entstaatlichung der Gesundheitsversorgung so wichtige Ziele der Gesundheitspolitik wie Solidarität und gleichen Zugang zu einer qualitativ guten Gesundheitsversorgung bedroht. Dabei wäre es selbst mit diesem Zugang noch nicht getan: Damit Menschen besser, gesünder und länger leben können, brauchen sie auch so banale Dinge wie gute, ausreichende Nahrung, sauberes Wasser, sanitäre Einrichtungen, gute Wohnmöglichkeiten, ein sicheres Einkommen, stabile soziale Beziehungen, die Abwesenheit von Krieg, Gewalt und Ausbeutung. Für diese Perspektive stand und steht die Strategie der Primären Gesundheitsfürsorge, die die Weltgesundheitsorganisation WHO 1978 verabschiedete. Sie sieht nicht nur den Staat in der Verantwortung für die Grundversorgung, sondern geht auch davon aus, dass die Menschen selbst aktiv an der Planung und Durchführung ihrer Gesundheitsdienste beteiligt werden müssen. Leider ist das Prinzip schon kurz nach danach in den meisten Ländern unter die Räder der beginnenden marktwirtschaftlichen Orientierung der Strukturanpassungsmaßnahmen gekommen.

Das »Recht auf Gesundheit« entsteht aus beidem: dem formulierten Rechtsanspruch und dem Aktivwerden der Menschen, ihn umzusetzen.

Exemplarisch für diese Gesundheitsbewegung von unten ist in den letzten Monaten besonders die südafrikanische Treatment Action Campaign bekannt geworden, die sich aktiv für die Rechte der Aids-Kranken auf Behandlung einsetzt und zugleich ein treibender Faktor in der Bekämpfung der Epidemie in diesem Land ist. [5](#)

Andreas Wulf ist verantwortlich für Gesundheitsprojekte bei der Hilfsorganisation Medico international.

Die argentinische Krankheit

Das südamerikanische Land ist wie alle Schwellenländer ein Spielball der internationalen Finanzmärkte. Zur Krise beigetragen hat aber auch eine riskante Währungspolitik. Von Hermannus Pfeiffer

Die Bilder aus Montevideo gleichen denen aus Buenos Aires. Tumulte vor den geschlossenen Banken. Die Bürger wollen ihre Konten schnell noch plündern, denn der Staat ist zahlungsunfähig, die Banken drohen pleite zu gehen. Die argentinische Krankheit ist ansteckend. Seit Monaten befindet sich der Staat in einer Katastrophe, die Lateinamerika ebenso bedroht wie die Weltwirtschaft.

Das Schema der Krise ist vertraut: Ein Land weckt jahrelang Hoffnungen bei Finanziers, Investoren und Konzernen durch billige Löhne, Exportorientierung, eine wirtschaftsfreundliche Regierung und günstige Kapitalanlagemöglichkeiten. Daraufhin fließen Milliarden an ausländischem Kapital, das heimische Bürgertum holt sein Geld aus den globalen Finanzzentren New York, Frankfurt oder London zurück. Das frische Geld führt zu einem Investitionsboom, Wirtschaft und Handel expandieren – zu viel. Dem übergroßen Angebot fehlt es bald an Nachfrage. »Überproduktionskrise« nannte Karl Marx diese immer wiederkehrende Dummheit von Markt und Kapital.

Mehren sich dann die Krisensymptome, fliehen internationales und heimisches Kapital wieder zurück in die globalen Finanzzentren. Internationale staatliche Hilfsprogramme, die der Internationale Währungsfonds (IWF) organisiert, springen notdürftig ein, damit die offenen Schulden getilgt werden können.

Auch Argentinien ist, wie alle Schwellenländer, vor allem ein Spielball der globalen Finanzmärkte. Die Krise dort weicht jedoch von der Standardkatastrophe insofern ab, als in Argentinien seit 1991 ein riskantes Währungsexperiment durchgeführt wird.

Schon Anfang der neunziger Jahre hatte es hier gekriselt. Die Hyperinflation erreichte zeitweise 3.000 (!) Prozent. Als Medizin verabreichte der damalige Wirtschaftsminister Domingo Cavallo eine feste Anbindung des Pesos an den US-Dollar und folgte damit dem Rat neoliberaler nordamerikanischer Ökonomen und Politiker. Aber zugleich gab das Land seine Selbstständigkeit auf: Zins- und Geldpolitik werden seither faktisch von der US-Zen-



Argentinische Teilnehmer protestieren beim Weltsozialforum in Porto Alegre gegen die Wirtschaftspolitik in ihrem Land

Foto: dpa / AFP / Lima

tralbank Fed in Washington betrieben. Zudem mussten immer neue Kredite zu sehr hohen Risikozinsen auf dem Weltmarkt aufgenommen werden, um überhaupt genug Dollar im Land zu haben und das Versprechen halten zu können, dass jeder Peso jederzeit in die US-Währung umgetauscht werden kann. Während die Theoretiker der Großbanken die Dollarbindung als soliden Stabilitätsanker anpreisen, schafft sie tatsächlich brutale Armut. Die starre Bindung an den steigenden Dollarkurs verteuerte die Exporte Argentinien, bremste die Binnennachfrage und behinderte Investitionen. Viel gewonnen wäre hier mit einem in Maßen flexiblen Wechselkurs – der allerdings kein Wundermittel für alle Fälle von Finanzkrisen ist.

Für wirtschaftlich schwächere Länder sind feste Wechselkurse oft zweckmäßig, die jedoch anders als beim starren argentinischen Currency Board von Fall zu Fall von der Regierung neu festgelegt werden. Nur so ist die nötige Flexibilität gewährleistet. Solch ein staatliches Wechselkursregime half Malaysia nach 1997/98, die Asienkrise zu überleben. Dagegen neigen die Währungen der allerschwächsten Länder auf dem freien Finanzmarkt systematisch zur drastischen Unterbewertung. Die Folge: Die heimischen Produkte werden unter Wert verkauft.

Inzwischen leidet Argentinien unter tiefer Depression. In diesem Jahr sinkt das Bruttoinlandsprodukt zum vierten Mal – nach Schätzungen der UNO um 13,5 Prozent. Das Land ist angesichts von 150 Milli-

arden Dollar Auslandsschulden faktisch zahlungsunfähig. Erst Mitte Juli musste der IWF Argentinien die Frist zur Zahlung einer Schuldentilgungsrate von fast einer Milliarde US-Dollar um ein Jahr verlängern.

Und das geht nicht ohne Gegenleistung. Argentinien musste sich verpflichten, seine Staatsfinanzen zu konsolidieren und das staatliche Defizit auf null zu fahren. Daher wurden Renten und Gehälter drastisch gesenkt, gibt es weniger Geld für Schulen und wachsende Armut in Slums und auf dem Lande.

Obendrein werden die privaten Verluste der Banken und Anleger über die IWF-Milliarden sozialisiert und auf die Mitgliedsländer abgewälzt – alles wie gehabt. Nötig wären vor allem konkrete Hilfen: So müsste die regionale Wirtschaft gestärkt werden, indem etwa die heimische Agrarproduktion von Palmherzen und schwarzen Bohnen gefördert wird. Doch stattdessen werden mit den neuen IWF-Geldern nur alte Kredite ausgelöst. Faktisch zahlt der IWF die Banken aus.

Mit dem IWF-Paket sind jedoch nicht einmal die globalen Finanzmärkte wirklich stabilisiert. Ein Überschwappen der Argentinien-Krise auf Amerika und Europa droht. Die globalen Finanzmärkte sind heute labiler als vor der Asienkrise. ☐

Hermannus Pfeiffer ist Finanzexperte. Er arbeitet in Hamburg.

NGOs: www.blue21.de,
www.weedonn.org

Steuern sparen mit Steueroasen

Die internationalen Finanzmärkte müssen grundlegend reformiert werden. Globale Steuern sind eine sinnvolle Alternative zum ruinösen Standortwettbewerb.

Von **Thomas Fritz**

Geld ist das A und O im Kapitalismus. Deshalb buhlen die Staaten weltweit um Finanz- und Investitionskapital. Oft schon im vorausweisenden Gehorsam senken die Regierungen Steuern auf Unternehmensgewinne und Vermögenseinkommen und folgen damit den Wünschen ausländischer Investoren. Als Folge dieses zerstörerischen Standortwettbewerbs nimmt der Staat immer weniger ein und muss sich höher verschulden. Zugleich findet eine gigantische Umverteilung von unten nach oben statt. Denn während Gewinne und Vermögen immer geringer besteuert werden, wächst die Belastung der Lohnarbeit kontinuierlich an. Wie der drastische Einbruch der Unternehmenssteuern nach der rot-grünen Steuerreform verdeutlicht, entziehen sich auch deutsche Unternehmen zunehmend der Mitfinanzierung der Staatsaufgaben.

Zusätzlich nutzen transnationale Konzerne die vielfältigen Möglichkeiten der Steuerersparnis, die die über den ganzen Globus verstreuten Finanzoasen von den karibischen Cayman Islands bis zur City von London bieten. Das Prinzip ist einfach: Großunternehmen gründen eine so ge-


nannte Holding in einem Niedrigsteuerland, weisen ihre Gewinne weitgehend dort aus und zahlen dort auch ihre Steuern. So errichtete die Volkswagen AG ein Koordinationszentrum in Brüssel, dessen Zweck es ist, Gewinne von der Konzernmutter abzuziehen und in Belgien zu versteuern, wo die Steuern auf Unternehmensgewinne erheblich niedriger liegen als in Deutschland. Zusätzlich können bei Tochterunternehmen in Steueroasen auch die Verrechnungspreise für konzerninterne Lieferungen und Leistungen manipuliert werden: Die Konzernmutter kann von der Tochter Vorprodukte zu überhöhten Preisen beziehen. Dadurch steigen die Aufwendungen am Konzernsitz, so dass auch hier entsprechend weniger Steuern gezahlt werden müssen.

Verlässliche Zahlen darüber, in welcher Größenordnung Vermögen in Steueroasen gehalten wird, gibt es nicht. Ebenso wenig kennt man die genauen Verluste für die Staatshaushalte. Allerdings schätzt der Internationale Währungsfonds (IWF), dass weltweit sechs bis sieben Billionen US-Dollar in Steueroasen angelegt sind – das entspräche etwa einem Drittel der Weltproduktion. Wenn die Jahresrendite darauf zehn Prozent beträgt, würden damit jährlich 600 bis 700 Milliarden US-Dollar der Besteuerung entzogen.

Dabei beschert der durch die Finanzoasen angeheizte Abwärtstrend bei den Unternehmenssteuern Entwicklungsländern besonders hohe Verluste. Denn während

die Gewinnsteuern in den Industrieländern auf gegenwärtig 30 bis 35 Prozent abgesackt sind, mussten Entwicklungsländer ihre Sätze auf unter 20 Prozent senken. Ihre Steuerverluste gegenüber transnationalen Konzernen schätzt die britische Entwicklungsorganisation Oxfam auf jährlich 35 Milliarden US-Dollar.

Inzwischen liegen eine ganze Reihe von Maßnahmen auf dem Tisch, wie dem Trend entgegengewirkt werden könnte. So sprechen sich Nichtregierungsorganisationen wie Attac, Terre des hommes, Brot für die Welt und andere sowie die Gewerkschaften für die Einführung einer Steuer auf Devisengeschäfte wie etwa die Tobinsteuer aus. Daneben fordern sie das Ende der Steueroasen. Da es sich bei den Oasengesellschaften meist um reine Briefkastenfirmen handelt, die von den Konzernzentralen kontrolliert werden, könnten hiesige Aufsichtsbehörden deren Weiterbetrieb beim Verstoß gegen internationale Standards verbieten. Wenn zusätzlich überall die gleichen Quellensteuern auf Zinseinkünfte erhoben würden, wäre die Attraktivität der Steuerfluchtplätze untergraben. Auch eine globale Mindestbesteuerung der transnationalen Konzerne, bei denen die Erträge sämtlicher Konzerntöchter mitberechnet würden, könnte die Ausnutzung unterschiedlicher nationaler Steuersysteme stoppen. Hinzu kommen müssten Mechanismen zur Verteilung der Steuereinnahmen auf die verschiedenen nationalen Konzernstandorte.

Eine Weltsteuerbehörde könnte für die notwendige Kooperation in fiskalischen Angelegenheiten sorgen. Sie müsste nicht selbst die Steuern erheben, sondern beispielsweise Richtlinien für die Mindestbesteuerung der multinationalen Konzerne oder für die globale Verteilung der Einnahmen aus internationalen Steuern entwickeln. 

Thomas Fritz ist Mitarbeiter vom WEED e.V. (World Economy, Ecology and Development; Weltwirtschaft, Ökologie, Entwicklung).



Palmen vor der Dresdner Bank? Attac-Aktion Foto: Attac

www.weedbonn.org, www.attac-netzwerk.de, www.schwarzgeld.com/seiten/steueroasen.htm

OECD-Liste der unkooperativen Steueroasen: www.oecd.org/pdf/M00028000/M00028569.pdf

Literatur: *Kapital braucht Kontrolle. Die internationalen Finanzmärkte*. Hg: Kairos, Europa und Weed, 2001, 7,50 Euro

Die Macht der Konzerne

Die transnationalen Unternehmen haben die Globalisierung nicht nur mitgeprägt. Bei der Internationalisierung der Zusammenarbeit sind sie anderen Lobbygruppen weit voraus.
Von **Olivier Hoedeman**

»In den sechziger Jahren saßen Geschäftsführer wie ich mehr oder weniger im Beifahrersitz und haben zugesehen, wie die Verhandlungen abgelaufen sind. Heutzutage sitzen wir am Steuer und entwerfen viele der Dokumente selbst.«

David Rockefeller, Chief Executive Officer der Chase Manhattan Bank

Mächtige politische Akteure des Globalisierungsprozesses sind die transnationalen Konzerne (TNK). Sie haben nicht nur das aktuelle Modell der Globalisierung durch ihre eigenen wirtschaftlichen Umstrukturierungen entscheidend geprägt. Indem sie komplexe Netzwerke gebildet und sich in Lobbygruppen zusammengeschlossen haben, ist es ihnen auch gelungen, den gesamten Prozess durch ihre systematische Mitwirkung beim Auf- und Umstellen der internationalen Regeln des Handels und des Investierens mitzusteuern.

Europäische Koordination

Innerhalb der Europäischen Gemeinschaft und der Europäischen Union sind TNK in den letzten 20 Jahren wichtige Akteure geworden. Heutzutage arbeiten mehr als 15.000 professionelle Lobbyisten in den Gebäuden der Europäischen Kommission, des Europarats und -parlaments. Viele kommen von PR-Firmen, Lobbygruppen und Unternehmen. Brüssel spielt Gastgeber für schätzungsweise über 500 Industrielobbygruppen, die Branchen wie Biotechnologie, Chemie-, Waffen- und Atomindustrie vertreten, oder die Gesetzgebung bei bestimmten Themen wie Müllverbrennung oder der Nutzung von PVC beeinflussen sollen.

Ohne Zweifel ist die einflussreichste europäische Wirtschaftslobbygruppe der Europäische Runde Tisch der Industrialisten (ERT), ein geheim operierender Klub mit 47 Vorsitzenden und Vorständen aus Europas größten transnationalen Unternehmen. Der ERT erzielte seine bemerkenswertesten Erfolge in den späten achtziger und frühen neunziger Jahren, als seine Wünsche nach einem gemeinsamen Markt und transeuropäischen Netzwerken (TEN) bei der Transportinfrastruktur in Erfüllung gingen.



Davos 1999

Foto: Tom Sandberg / tomsand.com

Sein Einfluss ist auch beim Maastricht-Vertrag von 1991, der das Fundament für die Europäische Währungsunion legte, deutlich zu bemerken. Die weitreichende Macht der Gruppe spiegelt sich im »Aktionsplan Lissabon« der EU, der im März 2000 beschlossen wurde. Dieser sieht vor, die Energie-, Transport- und Postdienstmärkte europaweit zu privatisieren und die Arbeitsmärkte und Rentensysteme weiter neoliberal zu reformieren.

Globale Abstimmung

Dem Aufschwung der politischen Macht der Unternehmen auf nationaler und regionaler Ebene folgte ein globaler Schub. Am weitreichendsten zeigt sich die Stärke der TNK womöglich in der Welthandelsorganisation (WTO). Laut einem ehemaligen WTO-Vorsitzenden würden viele WTO-Verträge und vielleicht sogar die Institution selber »ohne die enorme Zwänge« der Industrie nicht existieren. Die in Paris ansässige Internationale Handelskammer (ICC) ist die allergrößte und einflussreichste internationale Wirtschaftslobbygruppe und zählt u.a. General Motors, Novartis, Bayer und Nestlé zu ihren Mitgliedern. Sie hat offenen Zugang zu vielen der wichtigsten wirtschaftlichen und politischen Institutionen der globalen Wirtschaft – unter anderem zur WTO, der OECD, den Vereinten Nationen und den G8. In letzter Zeit hat die ICC die Führungsrolle in der Wirtschaftskampagne gegen die Anti-Globalisierungsbewegung eingenommen. Im Zentrum der ICC-Verteidigungsstrategie steht

dabei eine erfolgreiche so genannte Charloffensive bei den Vereinten Nationen.

Während die ICC eine typische Wirtschaftslobbygruppe ist, die das politische Klima zugunsten seiner Mitgliedsfirmen zu steuern und beeinflussen versucht, ist der Transatlantische Geschäftsdialog (TABD) eine gemeinsame Initiative von TNK und Regierungen. Mit dem Mandat der US-Regierung und der EU arbeiten 150 Großfirmen daran, die »Hindernisse des transatlantischen Handels« zu identifizieren. Dabei ist es ihnen gelungen, viele Gesetzeswerke zum Schutz der Arbeiter, der Umwelt und der Verbraucher zu verspäten, zu schwächen oder zu blockieren. Durch das Schmieden eines EU-US-Konsenses hatte der TABD eine Schlüsselrolle bei der Eröffnung der neuesten Verhandlungen der WTO in Qatar im November 2001. Kein Wunder, dass der TABD in den letzten Jahren ins Visier von Globalisierungskritikern geraten ist. Sie sehen die Gruppe als Symbol dessen, was bei der Globalisierung schief läuft. [5]

Olivier Hoedeman arbeitet bei Corporate Europe Observatory (CEO).

Übersetzung: Eleanor Hobley

Weltwirtschaftsforum: www.weforum.org

NGOs: www.corporateeurope.org,

www.corpwatch.org

Literatur: Konzern Europa. Die unkontrollierbare Macht der Unternehmen, Hg: Balanya, Doherty, Hoedeman, MA'anit, Wesseliuss, Rotpunktverlag, 2001, 18 Euro

Kein Gemischtwarenladen

Dass es wieder sexy geworden ist, den Global Playern nicht das Feld zu überlassen, ist auch ein Erfolg von Attac. Hier gibt es Anknüpfungspunkte für die DGB-Jugend. Selbst aufgeben wird sie sich dafür nicht.
Von **Claudia Meyer**

Laut der neuen Shell-Studie ist nur noch ein Drittel der Jugendlichen an Politik interessiert. Dabei engagieren sie sich nach wie vor politisch, betrachtet man das Engagement aus einem anderen Verständnis des Politischen heraus. Die Gewerkschaftsjugend kämpft für Qualität in der Ausbildung, setzt Zeichen gegen Rassismus und Ausgrenzung und beteiligt sich an zahlreichen Soli-Projekten in Südafrika, Lateinamerika, Asien oder Südosteuropa. Eine von der IG Metall in Auftrag gegebene Jugendstudie konkretisiert: »Politik beschränkt sich heute offenbar für Jugendliche auf das, was Politiker machen.« Die Forderungen der Gewerkschaften nach weltweiter sozialer Gerechtigkeit und Umverteilung sind nicht neu. Verändert hat sich ein Trend: Dass die politischen Parteien auf der Rangliste des Vertrauens ganz am Ende stehen.

Hierin liegt einer der Gründe, warum die DGB-Jugend Ende 2001 qua Beschluss ihres höchsten Gremiums, der Bundesjugendkonferenz, dem globalisierungskritischen Netzwerk Attac beigetreten ist. Die DGB-Jugend unterstützt die Forderungen von Attac, eine Steuer auf internationale Finanztransaktionen (beispielsweise die Tobin-Tax) einzuführen, Steuerparadiese und Offshore-Zentren zu schließen, die Privatisierung der Alterssicherung zu stoppen

bzw. sie in solidarische Finanzierungssysteme zurückzuführen, Schulden der Entwicklungsländer zu streichen und die internationalen Finanzinstitutionen demokratisch umzugestalten.

Offenheit, Pluralität und der Netzwerkcharakter der Strukturen machen Attac zu einem attraktiven Projekt auch und gerade für Jugendliche. Attac ist die Summe der Mitgliedsorganisationen, Einzelmitglieder, Lokalgruppen und inhaltlichen Arbeits-



Die Polizei war dagegen. Prag, 2000

Foto: Peter Jülich / Attentione

STATIONEN DER GLOBALISIERUNGSKRITISCHEN BEWEGUNG

Eine unvollständige Chronik

SEATTLE Die ersten Massendemonstrationen der globalisierungskritischen Bewegung mit mehr als 50.000 Teilnehmern finden vom 30. November bis 3. Dezember 1999 im US-amerikanischen Seattle statt. Die Proteste und Krawalle richten sich gegen die dort tagende Welthandelsorganisation WTO, ihre Liberalisierungspolitik, aber auch ihre Struktur. Beteiligt sind Umwelt- und Basisgruppen, Arbeiter, Bauern und Studenten.

Seattle gilt als Beginn einer stetig wachsenden Bewegung. Doch es gab einen Vorlauf: Im Dezember 1997 rief der Redaktionsleiter der *Le Monde Diplomatique*, Ignacio Ramonet zur Gründung einer weltweiten Bürgerbewegung auf, die eine Devisenspekulationssteuer durchsetzen sollte: »Im Verein mit den Gewerkschaften und den zahlreichen Organisationen, die kulturelle, soziale oder ökologische Ziele verfolgen, könnte sie gegenüber den Regierungen als gigantische Pressure-group der Zivilgesellschaft auftreten. Mit dem Ziel, endlich wirksam eine weltweite Solidaritätssteuer durchzusetzen«, so Ramonet. Kurze Zeit später wurde in

Frankreich die »Action pour une tax Tobin d'aide aux citoyens – ATTAC« (Aktion für eine Tobin-Steuer als Bürgerhilfe) gegründet. Die Tobin-Steuer ist nach dem liberalen amerikanischen Ökonomen und Nobelpreisträger James Tobin benannt, der bereits 1972 die geringfügige Besteuerung von Spekulationsgewinnen zur Entwicklungshilfefinanzierung gefordert hatte.

WASHINGTON Die Proteste der neuen Bewegung richten sich auch gegen den Internationalen Währungsfonds und die Weltbank, die ihre gemeinsame Frühjahrstagung vom 16. bis 18. April 2000 in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington abhalten. Mehrere zehntausend Menschen protestieren gegen die Verschuldungspolitik der Organisationen.

PRAG Zur Jahrestagung 2000 von IWF und Weltbank am 26. und 27. September will die tschechische Hauptstadt zeigen, dass sie von Seattle und Washington gelernt hat. Die Stadt gleicht einer Polizeifestung. Etwa 10.000 Menschen, die für eine andere Armutsbekämpfungspolitik demonstrieren wollen, haben kaum Chancen, zum Kongresszentrum durchzudringen.

NIZZA Vom 7. bis 10. Dezember 2000 tagt in der südfranzösischen Stadt der EU-Gipfel. Vie-

le Aktivisten dürfen nicht einreisen. Trotzdem kommen am Tag vor dem Gipfel 60.000 zu einer – hermetisch abgeriegelten – Demonstration.

PORTO ALEGRE In der südbrasilianischen Modellstadt, in der die Bevölkerung mit über die Verwendung der kommunalen Gelder mitbestimmt, diskutieren vom 25. bis 30. Januar 2001 rund 10.000 Menschen auf dem ersten Weltsozialforum über Schuldenerlass, die Regulierung internationaler Finanzmärkte und die »Abschaffung der inoffiziellen Weltregierung aus IWF und Weltbank«.

DAVOS/ZÜRICH Porto Alegre war als Gegenveranstaltung zum Weltwirtschaftsforum in Davos gedacht, auf dem sich Unternehmens- und Regierungschefs regelmäßig zu einem zwanglosen Austausch treffen. Die Angst vor Protesten ist offenbar groß. Nur ein Bruchteil von Globalisierungskritikern erreicht den Luftkurort, die meisten werden an der Grenze abgewiesen, viele bleiben in Zürich hängen. Hier kommt es zu einer spontanen Demonstration, die die Polizei in der Januarkälte mit Wasserwerfern auflöst.

QUÉBEC Vom 20. bis 23. April 2001 verhandeln 34 amerikanische Regierungschefs in der



Blockade der WTO-Konferenz. Seattle, 1999

Foto: Reuters / Robert Sorbo

den. Grundlage des politischen Konsenses ist die Attac-Erklärung. Trotzdem ist Attac kein Gemischtwarenladen, auch wenn einige das gern hätten.

Und deshalb wird die DGB-Jugend Anknüpfungspunkte für gemeinsames Engagement finden, in den meisten ihrer Handlungsfelder jedoch weiterhin eigenständig oder mit anderen Bündnispartnern ihr politisches Programm vertreten.

Was beide aber verbindet, ist die Forderung nach einer Globalisierung von Gerechtigkeit und Demokratie, nach einer Politik, die weltweit im Interesse aller Menschen und gerechter Verteilung handelt. Beide lehnen ab, dass die Politik von IWF, Weltbank und WTO zumeist einseitig von den Interessen transnationaler Konzerne bestimmt wird. Beide wollen Einfluss nehmen auf Entscheidungen von internationaler Tragweite und eine Gegenmacht

entwickeln, die Politik und internationale Institutionen zwingt, sich mit kritischen Positionen auseinanderzusetzen und konkrete Forderungen jenseits der neoliberalen Ideologie in ihre Entscheidungen einfließen zu lassen.

Ein Beispiel: Die Einsicht, dass Schutzrechte abhängig Beschäftigter nicht im nationalen Alleingang durchgesetzt werden können, ist heute aktueller denn je. Auf

bundesdeutsche Verhältnisse übersetzt heißt das, in einem deutschen und international agierenden Konzern die Kündigung aufgrund der schlechten Standort- und Wettbewerbsbedingungen zu bekommen, noch vor Verlassen des Werksgeländes von einer dort ansässigen Leiharbeitsfirma ein Angebot für den gleichen Arbeitsplatz zu bekommen, dieses trotz der schlechteren Bedingungen anzunehmen, weil man entweder zu jung oder zu alt, jedenfalls nicht für den Arbeitsmarkt attraktiv ist, und am gleichen Tag noch vernehmen kann, dass der Aktienkurs des Konzerns dank der Entlassungen wieder gestiegen ist.

Soziale Bewegung entsteht dort, wo die etablierte parlamentarische Demokratie versagt. Es ist wieder sexy geworden, das abstrakte Feld der internationalen Wirtschafts- und Währungspolitik nicht allein den Global Playern überlassen zu wollen. Der Druck aus der Gesellschaft wächst, das zeigen zahlreiche Aktionen und Demonstrationen. Der Politikwechsel ist nicht nur nötig, sondern auch möglich – das werden hoffentlich auch die Parteien begreifen. [S](#)

Claudia Meyer ist in der Abteilung Wirtschaftspolitik des DGB-Bundesvorstandes für internationale Wirtschaftspolitik zuständig.

Literatur: Attac. Was wollen die Globalisierungskritiker? Hg.: Grefe, Greffrath, Schumann, Rowohlt, 2002, 12,90 Euro

gruppen. Das Netzwerk will mit Blick auf die negativen Auswirkungen der derzeitigen Globalisierung die Kräfteverhältnisse verschieben – mit inhaltlichen Expertisen, Bildung und Aktion.

Wer bei Attac mitmacht, muss weder ein Grundsatzprogramm unterschreiben noch an ein Patentrezept zur Weltverbesserung glauben. Denn gerade das können vor allem die Jungen heutzutage kaum lei-

kanadischen Stadt über die geplante panamerikanische Freihandelszone (FTAA). Über 30.000 Menschen protestieren gegen diese Politik.

GÖTEBORG Der EU-Gipfel in Schweden am 15./16. Juni, zu dem auch US-Präsident George W. Bush geladen war, wird abermals von Demonstrationen begleitet: Über 20.000 Menschen versammeln sich, um gegen die US-Klimapolitik, aber auch für eine sozialverträgliche Umsetzung der EU-Osterweiterung zu demonstrieren. Bei Ausschreitungen schießt die Polizei scharf und nimmt rund 570 Menschen fest. Etliche werden angeklagt, einige zu Haftstrafen verurteilt.

GENUA Einen vorläufigen Höhepunkt erreicht die Protestbewegung im italienischen Genua: Zum Treffen der G-8-Staaten (das sind die sieben mächtigsten Industrienationen der Erde: USA, Kanada, Deutschland, Frankreich, Spanien, Italien und Japan; Russland hat Beobachterstatus) vom 20. bis 22. Juli 2001 versammeln sich bis zu 200.000 Menschen, obwohl die italienischen Behörden Bahnhöfe sperren und falsche Informationen über vermeintlich ausgebuchte Züge verbreiten. In anderen Ländern, u.a. in Deutschland, gibt es Hausarreste

für vermeintliche Chaoten. Italiens Regierungschef und Medienzar Silvio Berlusconi lässt die Stadt in eine Polizeifestung verwandeln. Es kommt zum Aufruhr. Ein Polizist erschießt einen Demonstranten.

NEW YORK/WASHINGTON Als am 11. September 2001 drei Flugzeuge in das World Trade Center und das Pentagon krachen und die USA den »Krieg gegen den Terror« ausrufen, erklären bürgerliche Medien die globalisierungskritische Bewegung für tot.

DOHA/KATAR Die WTO hält ihre Tagung im November 2001 in Dohar/Katar ab. Selbst für Medienvertreter ist es schwierig, ein Visum zu bekommen.

BERLIN Zur ersten Attac-Deutschland-Konferenz in der Berliner Technischen Universität vom 20. bis 22. Oktober 2001 kommen über 4.000 Menschen.

PORTO ALEGRE In Südbrasilien finden sich vom 31. Januar bis 5. Februar 2002 über 60.000 Menschen aus allen Teilen der Erde zum 2. Weltsozialforum zusammen, um über Alternativen zur Globalisierung zu diskutieren. »Eine andere Welt ist möglich« wird zum Slogan der Protestbewegung.

FLORENZ Beim Europäischen Sozialforum, das vom 7. bis 11. November 2002 in Florenz stattfindet, beteiligen sich bis zu 40.000 Menschen an den Veranstaltungen und Workshops. Auf einer abschließenden Demonstration gegen den drohenden Irak-Krieg kommen eine halbe Million zusammen.

PORTO ALEGRE Auch das dritte Weltsozialforum in Porto Alegre vom 24. bis 28. Januar 2003 zieht die Massen an. 100.000 Globalisierungskritiker kommen. Hauptthema ist der angekündigte Krieg gegen den Irak.

WELTWEIT Vor und während des Kriegs gegen den Irak finden sich weltweit Millionen von Menschen gegen die Angriffspolitik von USA und Großbritannien auf den Straßen zusammen.

EVIAN Parallel zum G-8-Gipfel im französischen Evian finden vom 28. Mai bis zum 3. Juni 2003 mehrere große Camps in der Umgebung statt, an denen Tausende Menschen teilnehmen. Eine geplante Großdemonstration in Lausanne und Genf wird verboten, als es zu gewaltsamen Ausschreitungen kommt. Ein Demonstrant, der sich an einer Autobahnbrücke abseilen will, wird schwer verletzt, als ein Polizist das Seil kappt. [S](#)

»Globalisierung beinahe verpasst«

Die Gewerkschaften haben lange gebraucht, um die Gefahren der Globalisierung zu erkennen, meint ver.di-Vizechefin Margret Mönig-Raane. Nicht nur deshalb hängen sie der Internationalisierung des Kapitals noch hinterher. Aber zum Thema GATS sind sie aufgewacht. Das Gespräch führte Friedrich Siekmeier

Soli Extra: Wo setzen die Gewerkschaften bei der Globalisierung an?

Margret Mönig-Raane: Die Gewerkschaften haben die Diskussion beinahe verpasst und erst allmählich erkannt, dass diese Globalisierung mit Deregulierung, Privatisierung und Liberalisierung Gefahren bedeutet. Nicht nur für Menschen in ärmeren Ländern, sondern auch für Löhne, Sozialsysteme und die öffentliche Daseinsvorsorge in entwickelten Ländern. Wir brauchen einen Ordnungsrahmen für eine soziale und ökologische Regulierung der Globalisierung.

Wie können sie Einfluss nehmen?

Die Gewerkschaften bringen ihre Forderungen über ihren Einfluss auf Regierungen und bei internationalen Organisationen ein. Sie verhandeln nicht hinter ver-

schlossenen Türen, sondern organisieren öffentlichen Druck, auch zusammen mit entwicklungspolitischen, umweltpolitischen oder globalisierungskritischen Nichtregierungsorganisationen. Allerdings sind die deutschen Gewerkschaften bei internationalen Aktivitäten eher schwach vertreten. Da müssen wir zulegen.

Welche Rolle spielt die Internationale Arbeitsorganisation ILO für die Durchsetzung gewerkschaftlicher Interessen?

In der ILO haben die Gewerkschaften den verhältnismäßig größten Einfluss. Doch um die internationalen Wirtschaftsbeziehungen mit gestalten zu können, fehlen Kontroll- und Sanktionsmöglichkeiten. Darum ist es wichtig, die ILO und die dort definierten Normen im Rahmen der Welthandelsorganisation WTO zur Geltung zu bringen. Bisher können alle möglichen Verstöße gegen die Liberalisierungen der Märkte in der WTO vor den Streitschlichtungsausschuss gebracht und sanktioniert werden, nur für Verstöße gegen soziale oder ökologische Standards gilt das nicht, auch wenn diese von der ILO oder anderen UN-Organisationen beschlossen und ratifiziert sind.



Foto: ver.di

Wie stark sind der Internationale Bund Freier Gewerkschaften (IBFG) und die neue Gewerkschaftsinternationale UNI?

Bisher hängen die Gewerkschaften der Internationalisierung des Kapitals noch weit hinterher. Mit IBFG und UNI hat es in den letzten Jahren Fortschritte in der Kritik der Globalisierung und der Formulierung von Forderungen gegeben. Aber ihre Durchsetzungsmöglichkeiten sind im Vergleich zu den Lobbyorganisationen der Unternehmen auf internationaler Ebene noch schlechter als auf nationaler Ebene. Sie haben nur einen Bruchteil von deren finanziellen und personellen Möglichkeiten. Vor allem aber gibt es für Gewerkschaften auf internationalem Terrain kaum wirksame Machtmittel. Globale politische Massenbewegungen oder gar global koordinierte Streiks sind bisher außerhalb unserer Möglichkeiten.

Dabei liegen die Themen nur so auf der Straße: So will die WTO nicht nur Warenhandel sondern mit dem GATS auch Dienstleistungen neoliberalen Regeln unterwerfen.

Grundsätzlich dürfen Abkommen wie das GATS demokratisch festgelegte Zuständigkeiten der Staaten für öffentliche Daseinsvorsorge nicht aushebeln. Problematisch ist, dass alle Liberalisierungsschritte zu internationalen Verpflichtungen führen, völkerrechtlich festgeschrieben werden und nationale Regulierungsmöglichkeiten deshalb dauerhaft einschränken. Das GATS ist eine Sackgasse.

Wo sollten die Stopp-Schilder stehen?

Es darf keinen Zwang geben, öffentliche Dienstleistungen zu privatisieren. Das Bildungs- und das Gesundheitswesen gehören in demokratische öffentliche Verantwortung. Internationale Abkommen dürfen Qualitätsstandards, solidarische Finanzierung, öffentliche und gemeinnützige Träger und den allgemeinen Zugang zu Gesundheitsdienstleistungen nicht in Frage stellen. Alle Bevölkerungsgruppen müssen einen bezahlbaren Zugang zu Post und Telekommunikation behalten. Wir sind gegen eine Liberalisierung des Wassermarktes. Und bei allen Dienstleistungen muss die Einhaltung der geltenden Umwelt- und Sozialstandards gewährleistet werden. □

Friedrich Siekmeier ist freier Journalist in Bremen.

KOMMENTAR

Aufstehen oder Ohnmacht pflegen?

Die Gewerkschaften müssen den Konflikt aufnehmen – national wie international. Von Detlef Hensche

Die Menschen haben einen Reichtum erarbeitet, der den allgemeinen Wohlstand heben und allen ein Leben in Würde und ohne Ausgrenzung erlauben könnte. Doch statt dessen vertieft sich die Kluft zwischen arm und reich. Dies ist kein Naturgesetz. Was gesellschaftlich verursacht ist, ist gesellschaftlich veränderbar. Aber freiwillig verzichten die Herrschenden nicht auf ihre Privilegien.

Deshalb gilt es, den Konflikt aufzunehmen: national in den Betrieben, in der Gesellschaft wie gegenüber der Politik, international gegenüber den Sachwaltern und Profiteuren neoliberaler Herrschaft. Beides hängt zusammen. Es gibt keine Inseln des Wohlstands inmitten

einer Umwelt von Armut und Hunger. Wenn wir nicht teilen, werden die Menschen des Südens an unsere Türen klopfen. Wenn sie für ihre Arbeit einen ausreichenden Lohn erhalten, wird manches bei uns teurer. Auch wir profitieren von weltweiten Ungleichgewichten und Ausbeutung. Wenn wir keine ökologischen Standards durchsetzen, wird die Zerstörung der Umwelt auch unsere Existenz gefährden. Der Politik muss auf die Sprünge geholfen werden.

Es gibt Bewegungen, die international präsent sind. Jeder Streik, jede Demonstration, jede Konferenz, die die Zirkel der Mächtigen durchbricht, ist ein Stück Demokratie. Die Gewerkschaften gehören dazu. Gewerkschaften, die die Augen vor denen verschließen, die unten stehen, Arbeitslose, Ausgegrenzte, Menschen in der dritten Welt, werden zu Standesorganisationen verkümmern. Das kann niemand wollen. □

Detlef Hensche war letzter Vorsitzender der IG Medien. Er arbeitet in Berlin.

Die Sprache des Nichtbeweisbaren

Wider die Vereinnahmung durch die Ökonomie: Fabian Scheidler über das Erlebnis, Globalisierung dramaturgisch zu verarbeiten.

Die beste Art, etwas über Aktionen zu lernen, ist, eine zu machen. Für die im Juli von der DGB-Jugend und Attac gemeinsam ausgerichtete Sommerakademie im brandenburgischen Flecken Zechlin wurde ich gebeten, einen dreistündigen Straßentheater- bzw. Aktionsworkshop durchzuführen. In drei Stunden aber ist es unmöglich, so etwas zu entwerfen, vorzubereiten und durchzuführen. Ich überlegte, was ich tun sollte. Statt einer Lösung aber fiel mir eine Geschichte ein: die Geschichte eines Mädchens, das noch nie Geld gesehen hat und eines Morgens in einer Welt aufwacht, in der alles nur für Geld zu haben ist. Sie durchläuft eine Odyssee durch die für sie vollkommen undurchschaubare Welt der entfremdeten Arbeit (die für uns so schrecklich selbstverständlich ist), um am Ende genau so arm dazustehen wie am Anfang.

Ich beschloss, daraus ein kleines absurdes Theaterstück für die Sommerakademie zu machen – absurd schon deswegen, weil es definitiv unmöglich schien, etwas derartiges in drei Stunden einzustudieren. Aber ich hatte Glück. Die TeilnehmerInnen meines Kurses waren so motiviert, dass wir bis



Kapitalismuskritik via Theater

Foto: Mirjam Muhs

Mitternacht arbeiteten und am nächsten Abend eine gelungene Vorstellung zeigen konnten.

Was meines Erachtens wesentlich zu dieser Motivation beigetragen hatte, war die Tatsache, dass es nach zweieinhalb Tagen intensiver Kopfarbeit über Finanzmärkte, Welthandel und soziale Sicherungssysteme nun um eine Arbeit ging, die ganz andere Bereiche der Persönlichkeit anspricht: die Fantasie und den Humor des Körpers.

Obwohl ich mich zunächst gefragt hatte, was denn der Wert eines solchen nur intern aufgeführten Theaterstücks sein könnte, wo es doch eigentlich darum ging, Inhalte nach außen zu vermitteln, wurde

ich mir durch diese Arbeit wieder klar darüber, wie wichtig es ist, dass wir zunächst einmal für uns selbst wieder lernen, auch andere Sprachen zu sprechen als die des Kopfes. Auch das ist Teil des politischen Handelns. Denn Widerstand gegen die Vereinnahmung durch eine immer totalitärer werdende Ökonomie zu leisten,

heißt auch, Widerstand dagegen zu üben, dass wir der Logik dieser Ökonomie immer ähnlicher werden. Dass wir immer abstrakter werden.

Theater lebt von der realen Gegenwart der Menschen. Es spricht eine Sprache der Gesten, der Tonfälle, der Blicke, eine Sprache der Emotion (die übrigens um nichts weniger präzise ist als die des Verstandes). Die Emotion kann nichts beweisen – wie es etwa eine Statistik tut. Aber gerade das Recht des Nichtbeweisbaren, dessen, was in keiner Statistik vorkommt, das Recht des Menschen als eines beseelten Wesens, das sich nicht in seiner wirtschaftlichen Funktion erschöpft, kann das Theater behaupten und verteidigen. [S](#)

STRASSENTHEATER

Die magische Linse

Die Mediengesellschaft lässt oft vergessen, dass Erfolge nur mit realen Menschen und realem Druck zu erzielen sind.

Etwa zwei Monate vor Flecken Zechlin hatte ich mit einigen MitstreiterInnen von Attac Berlin eine Aktion zu dem Besuch von Präsident Bush vorbereitet. Diese Aktion war eindeutig nach außen gerichtet und sie hatte einen ganz anderen Charakter als das Theaterstück. Auf einer Demonstration hat es keinen Sinn, längere Handlungsabläufe zu zeigen. Das meiste funktioniert dort über Kostüme und Requisiten.

Als wir uns dann geschminkt und verkleidet Unter den Linden einfanden, geschah etwas, das keiner von uns in dieser Weise erwartet hatte: Eine Schar von Fotografen und Kameralen-

ten stürzte sich auf uns, als seien wir die auferstandene Lady Di. Auch auf den folgenden Demonstrationen waren immer wieder die Kameras auf uns gerichtet. Das war natürlich sehr erfreulich, weil auf diese Weise unsere bildhafte Kritik an der gegenwärtigen US-Administration medial vervielfältigt wurde. Und die Presseleute verhielten sich zum größten Teil auch sehr fair und kooperativ.

Doch während der zwei Demonstrationstage machte ich eine Erfahrung, die mir etwas unheimlich war: Ich begann mich bei dem, was ich tat, zunehmend nach den Standpunkten der Kameras zu orientieren. »Da vorn steht BBC World. Also den Kopf nochmal in die Richtung.« Ich erfuhr am eigenen Leib, was Telekratie heißt: die geradezu magische Herrschaft der künstlichen Augen über das Verhalten der Menschen.

Die Macht der Linse funktioniert, weil wir

glauben, sie zu brauchen, um Einfluss zu gewinnen. Bis zu einem gewissen Grad stimmt das auch. Aber wir dürfen uns nicht darüber hinwegtäuschen, dass unsere wirkliche Stärke woanders liegt. Die WTO-Sitzung in Seattle wurde abgebrochen wegen real anwesender Menschen, nicht wegen Bildern. Mahatma Gandhi und mit ihm Millionen von Indern haben das britische Imperium weder durch Gewalt noch durch Interviews bezwungen, sondern durch eine Bewegung der »non-cooperation«, die getragen war von einer inneren Entschlossenheit. Diese besondere Art von Entschlossenheit ist es, die auf Dauer auch die verhärtetsten Machtstrukturen in Bewegung bringt. Wie das sprichwörtliche Gras den Asphalt: Es wächst, ob nun eine Kamera darauf gerichtet ist oder nicht. [S](#)

Fabian Scheidler

Fabian Scheidler ist freischaffender Autor und Theaterregisseur sowie Mitglied von Attac Berlin.

+ Der Wilde Osten, 3. bis 7. Oktober 2003

Welche Rolle spielt das neue Europa künftig bei der Globalisierung? Erhöht sich nach dem Beitritt der ersten osteuropäischen Länder der Wettbewerbsdruck, und verschlechtern sich damit die Aussichten für den Arbeitsmarkt? Wie steht es überhaupt jetzt schon um die Lebensbedingungen in den Beitrittsländern, wie wird dort gewirtschaftet? Und nicht zuletzt: Welche Ideologie wird sich während des Prozesses durchsetzen: eine integrative, demokratische oder eine standortorientierte? Fragen über Fragen zur EU-Osterweiterung, die einen Meilenstein der Globalisierung darstellt. Diskutiert und – hoffentlich – auch beantwortet werden sollen sie auf der Herbstakademie Globalisierung »Der Wilde Osten«, zu der die DGB-Jugend und Attac Berlin vom 3. bis zum 7. Oktober nach Flecken Zechlin einladen.

Infos im Netz: www.dgb-jugend.de/global, www.attacberlin.de/herbstakademie.o.html

+ Adressen, Tipps, Hintergründe – alles, was man braucht

Handbuch für Globalisierungskritiker nennt sich dieses Werk in der Unterzeile – und das kann man ernst nehmen. »Unsere Welt ist keine Ware« versammelt ein breites Spektrum an Hintergründen und Ideen von klassisch sozialdemokratischen Reformen bis zu sozialistischen Ansätzen, von der Tobin-Steuer bis zum Krieg gegen den Irak. Autoren sind internationale Globalisierungskritiker wie Noam Chomsky und Susan George, aber auch bislang weniger bekannte Aktivisten oder Theoretiker aus den Reihen von Attac. Dorthin kommen auch die Herausgeber, deren besonderes Verdienst es ist, die theoretischen Ansätze in den Dienst der Praxis zu stellen. Deshalb findet sich auch ein umfangreiches Glossar, in dem die Institutionen und Vorantreiber der Globalisierung ebenso auftauchen wie Adressen und Kontaktmöglichkeiten zu den deutschen und internationalen kritischen Gruppen sowie Verweise auf Zeitschriften und Periodika.

Buchholz, Christine et al. (Hg.): *Unsere Welt ist keine Ware. Handbuch für Globalisierungskritiker*. KiWi, Köln 2002, 350 S., 9,90 Euro



+ Auf Florenz folgt Paris

Nachdem das 1. Europäische Sozialforum (ESF) im vergangenen Jahr in Florenz gut 60.000 Liberalisierungsgegner angezogen hatte, gibt es dieses Jahr die Neuauflage in Paris und Saint Denis – und zwar vom 12. bis 16. November 2003. Auf den zahlreichen Workshops, Konferenzen, Seminaren wird es um vier »thematische Achsen« gehen: Den Zusammenhang von Globalisierung und Militarismus, Öl und Imperialismus. Eine neue Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums. Die Verteidigung öffentlicher Güter. Un den Kampf gegen die Vermarktlichung von Bildung, Wissenschaft und Information.

Infos im Netz: außer bei Attac und Co. auch unter www.rosalux.de/Einzel/esf_2003/

+ Was ist »Globalisierung von unten«?

Das lernt sich nach dem Seminar-konzept »Welthandel«, das im Rahmen der Sommerakademie 2002 entwickelt wurde. Das Material samt Präsentationen zum GATS, zu ArbeitnehmerInnenrechte und zu Entwicklungsländern im Welthandelssystem ist auf der Website der DGB-Jugend herunterzuladen.

www.dgb-jugend.de

+ Und Porto Alegre zieht nach Bombay

Erstmal wird das Weltsozialforum, das bereits zum 4. Mal tagt und sich schon unter dem Namen des bisherigen Austragungsortes Porto Alegre etabliert hat, auf einem anderen Kontinent statt finden: In Asien, konkret in Bombay/Mumbai. Es dauert vom 16. bis zum 21. Januar 2004. Vorbereitet wird es unter anderem auf dem ESF in Paris (s.u.). Gruppenreisen werden unter anderem von Attac, aber auch vom Labournet (www.labournet.de/diskussion/wipo/seattle/bombay) organisiert.

Infos allgemein gibt's unter: www.weltsozialforum.de

IMPRESSUM

Namentlich gekennzeichnete Artikel geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verantwortlich für den Inhalt:
Ingrid Sehrbrock

Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend,
Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin,
Tel.: 030/240 60-172, Fax: -409

E-Mail:
Mirjam.Muhs@bvv.dgb.de

Internet:
www.dgb-jugend.de

Druck:
toennes druck + medien gmbh, Erkrath

Redaktion:
Mirjam Muhs

Grafik:
Heiko von Schrenk

Gefördert aus Mitteln des Kinder- und Jugendplans des Bundes (BMFSFJ)

Abo-Coupon

ausschneiden und im Fensterumschlag an die untenstehende Anschrift schicken. Bitte vor Erhalt der Rechnung kein Geld überweisen.

An den
DGB-Bundesvorstand, Abt. Jugend
Soli aktuell
Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin

- Ja, ich möchte Soli aktuell drei Monate lang kostenlos zur Probe abonnieren.
- Ja, ich möchte Soli aktuell abonnieren. Für den Preis von 7,70 Euro erhalte ich 12 Ausgaben der Soli aktuell (Bitte das Geld erst nach Erhalt der Rechnung überweisen).
- Ich möchte mehrere Exemplare der Soli aktuell bestellen. Ich bezahle für das erste Exemplar der Soli aktuell 7,70 Euro, für alle weiteren werden nur die zusätzlichen Portokosten erhoben. Diese betragen beispielsweise jährlich bei 2 bis 30 Exemplaren 9,20 Euro, bei 31 bis 60 Exemplaren 38,50 Euro. (Weitere Angaben bitte telefonisch unter 030/240 60-371 bei der Abt. Jugend des DGB erfragen.) Bitte das Geld erst nach Erhalt der Rechnung überweisen.

Kündigungsfrist drei Monate zum Juni eines jeden Jahres.

vorname	name
organisation	funktion
straße	nummer
plz	ort
unterschrift	